

RUNDBRIEF

Forum Umwelt und Entwicklung

3/2023

SONDERAUSGABE ZUM SDG-SUMMIT

HÖCHSTE EISENBAHN

DIE SDG-UMSETZUNG MUSS
ENDLICH FAHRT AUFNEHMEN

ISSN 1864-0982

RUNDBRIEF 3/2023

SDG-Halbzeitbilanz Viel Schatten – wenig Licht <i>Jens Martens</i>	2	Gesund, vielfältig, grün Kommunen brauchen für die multiplen Herausforderungen mehr Sensibilität, Ressourcen und angepasste Prozesse <i>Markus Zipf</i>	26
Eine Welt ohne Armut ist möglich Die Ziele der Agenda 2030 bleiben richtungsweisend <i>Andreas Aust und Marta Bociek</i>	6	Mit der Rohstoffwende zu Nachhaltigkeit in Produktion und Konsum Die Indikatoren für die Zielerreichung des SDG 12 fallen bisher schlecht aus und Deutschland muss noch mehr ins Handeln kommen <i>Anna Schönwald</i>	28
„Kein Hunger bis 2030“ Handeln statt Absichtserklärungen <i>Johanna Braun und Frauke Bohner</i>	8	Zweite Halbzeit für den Klimaschutz Der Kampf gegen die Klimakrise als Chance für nachhaltige Entwicklung <i>Lisa Jörke</i>	30
„Gesundheit für alle“ in Gefahr Der Fachkräftemangel erschwert die Erreichung des SDG 3 <i>Julia Stoffner</i>	10	Leben unter, auf und am Wasser Das SDG 14 zwischen Blue Economy und Meeresschutz <i>Kai Kaschinski</i>	32
Bildung für nachhaltige Entwicklung Ein Schlüssel zur Umsetzung der Agenda 2030 <i>Lara Fedorchenko</i>	12	Wir sägen weiter an dem Ast, auf dem wir sitzen Der Umsetzungsstand des SDG 15 weltweit und in und durch Deutschland <i>Friedrich Wulf</i>	34
Auf dem Weg zur Gleichstellung Die Bedeutung lokaler Maßnahmen für die Umsetzung von SDG 5 <i>Tshering Lhamo</i>	14	Die Böcke müssen nicht die Gärtner sein Demokratie wächst eher von unten <i>Hans Jörg Friedrich</i>	36
Wasser ist das Problem – und die Lösung Warum wir den Luxus Leitungswasser in Deutschland genießen sollten <i>Samuel Höller</i>	16	Globale Solidarität neu aufstellen Die Verwirklichung der Agenda 2030 krankt auch an den fehlenden Mitteln zur Umsetzung <i>Wolfgang Obenland</i>	38
Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle Die Ziele stimmen, die Umsetzung muss beschleunigt werden <i>Kirsten Kleis und Tessa-Sophie Schrader</i>	18	Hat die globale Nachhaltigkeitsagenda noch eine Chance? Zivilgesellschaft weltweit bringt ihre Forderungen ein <i>Ingo Ritz</i>	40
Menschenwürdige Arbeit in einer globalisierten Welt Eine erschreckende Halbzeitbilanz mit Hoffnungsschimmern <i>Dr. Franziska Humbert</i>	20	Publikationen	44
Die Kluft auf dem Weg zu kohlenstoffarmen Technologien überwinden Grüne Industrialisierung und die Rolle von Technologietransfers <i>Silvia Weko</i>	22		
Ungleichheiten schaffen Ungleichheiten Die migrantische Perspektive auf das Ziel zehn <i>Jana Michael</i>	24		



Das Forum Umwelt & Entwicklung wurde 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung gegründet und koordiniert die Aktivitäten der deutschen NGOs in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Rechtsträger ist der Deutsche Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen (DNR) e.V.

Die nächste Ausgabe des Rundbriefs erscheint im April 2024.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: Forum Umwelt & Entwicklung, Marienstraße 19–20, 10117 Berlin, Telefon: 030/678 17 75 920, E-Mail: info@forumue.de, Internet: www.forumue.de, Twitter: @ForumUE **VERANTWORTLICH:** Jürgen Maier **REDAKTION:** Eileen Roth und Judith Hermann **MITARBEIT:** Matthias Wind **LEKTORAT:** Marion Busch **LAYOUT:** STUDIO114.de | Michael Chudoba **TITELBILD:** Jason Leung/Unsplash **DRUCKEREI:** Knotenpunkt Offsetdruck GmbH **REDAKTIONSSCHLUSS:** 12. Oktober 2023

Die dargestellten Inhalte und Positionen liegen in der Verantwortung der jeweiligen Autor:innen und geben nicht zwingend Standpunkte des Forums, seiner Mitglieder oder Förderer wieder.



Liebe Leserinnen und liebe Leser,

am 18. und 19. September 2023 kamen die Staats- und Regierungschefinnen und -chefs der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen in New York zusammen, um zur Halbzeit der Agenda 2030-Laufzeit Bilanz zu ziehen. Eine düstere Bilanz, denn nach den aktuellen Berechnungen des Global Sustainable Development Reports, der eigens zum SDG-Gipfel angefertigt wurde, wird die Weltgemeinschaft bei gleichbleibendem Tempo die Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) nicht einmal 2050 erreicht haben. Gerade einmal 15 % der Ziele sind auf dem richtigen Weg, bei circa 50 % ist das Tempo unzureichend und bei 35 % stagniert die Entwicklung oder geht gar in die falsche Richtung. Auf dem SDG-Gipfel sollten die Staatsvertreter:innen diskutieren, wie sie die SDG-Umsetzung in der zweiten Halbzeit beschleunigen können. Die verabschiedete politische Erklärung liefert zwar viele schöne Worte zur Bedeutung der SDGs, konkrete Maßnahmen zur Beschleunigung der Umsetzung sucht man jedoch vergeblich.

In dieser Sonderausgabe des Rundbriefs wollen wir zur Halbzeit der Agenda 2030 einen Blick auf jedes der 17 Ziele werfen. Natürlich kann in der Kürze dieses Rundbriefs der Umsetzungsstand eines jeden SDGs nicht ausführlich analysiert werden. Stattdessen werfen die Autor:innen einen Blick auf die drängendsten Probleme im jeweiligen Zielbereich, schlagen mögliche Lösungswege vor, analysieren die Umsetzung auf lokaler, nationaler oder internationaler Ebene oder nehmen die Rolle Deutschlands bei der Umsetzung des Ziels in den Blick.

Jens Martens eröffnet den Rundbrief mit einem Rückblick auf den SDG-Gipfel. Anschließend berichten Andreas Aust und Marta Bociak über die Entwicklungen in der Armutspolitik auf globaler und nationaler Ebene (SDG 1), Johanna Braun und Frauke Bohner schlagen Lösungen für die Hungerkrise vor (SDG 2) und Julia Stoffner berichtet über die Probleme, die durch die Abwerbung von Fachkräften im Gesundheitswesen im Globalen Süden entstehen (SDG 3). Welche Bedeutung Bildung für nachhaltige Entwicklung hat, beschreibt Lara Fedorchenko (SDG 4). Im Artikel zu SDG 5 berichtet Tshering Lhamo von lokalen Lösungen in Bhutan mit globaler Wirkung auf dem Weg zur Gleichstellung der Geschlechter. Samuel Höller ruft dazu auf, den Luxus Leitungswasser, den wir in Deutschland haben, mehr zu schätzen (SDG 6) und Kirsten Kleis und Tessa-Sophie Schrader beschreiben, wie die Energiewende in Deutschland beschleunigt werden kann (SDG 7). Franziska Humbert geht auf prekäre Arbeit in globalen Lieferketten und die damit einhergehende Verantwortung Deutschlands ein (SDG 8). Silvia Weko beleuchtet im Artikel zu SDG 9 die „grüne Industrialisierung“ und Jana Michael schlägt verschiedene Lösungen zur Beseitigung von Ungleichheiten und zur besseren Integration von Migrant:innen vor (SDG 10). Markus Zipf erklärt, was in den Kommunen anders laufen müsste für die Umsetzung von SDG 11 zur nachhaltigen Stadtentwicklung. Anna Schönwald zeigt Handlungsmöglichkeiten für die Bundesregierung für die Beschleunigung der Rohstoffwende auf (SDG 12) und Lisa Jörke beleuchtet den Zusammenhang von Agenda 2030 und Pariser Klimaabkommen (SDG 13). Kai Kaschinski stellt Erfolge in der Meerespolitik heraus (SDG 14), und wie es um die Biodiversität (SDG 15) steht, analysiert Friedrich Wulf für uns. Hans Jörg Friedrich berichtet, welche Bedeutung der Rückgang der Demokratie für die SDGs (SDG 16) hat und Wolfgang Obenland informiert uns darüber, wie es um die Finanzierung der SDGs steht (SDG 17). Zum Abschluss berichtet Ingo Ritz von den drängendsten Problemen, die bei der Global People's Assembly, einem zivilgesellschaftlichen Forum, welches parallel zum SDG-Gipfel stattfand, diskutiert wurden.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre.


Eileen Roth



SDG- HALBZEITBILANZ

Viel Schatten – wenig Licht

Das Jahr 2023 markiert die Halbzeit bei der Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs). Dass die Zwischenbilanz angesichts verschärfter Krisen und Konflikte düster ausfällt, ist keine Überraschung. Ein Lichtblick sind die Veränderungsprozesse, die die Agenda 2030 vor allem auf kommunaler Ebene ausgelöst hat. Entscheidend für Erfolg oder Scheitern der Nachhaltigkeitsagenda wird in der zweiten Halbzeit aber sein, ob die Länder des Globalen Nordens, allen voran die USA und die Länder der EU, die notwendigen Mittel zur Umsetzung der SDGs mobilisieren und zu den überfälligen Reformen in der globalen Finanzarchitektur bereit sind.



IISD/ENB | Diego Noguera

Die Agenda 2030 war ein diplomatisches Meisterstück. Sie wurde ausgehandelt, nachdem Russland 2014 die Krim annektiert hatte, was Wirtschaftssanktionen und den Ausschluss Russlands aus dem Kreis der G8-Staaten zur Folge hatte. Dennoch gelang es, in New York die SDGs zu vereinbaren und mit der Agenda 2030 im Konsens zu verabschieden. Dies zeigt, dass diplomatische Einigungen auch in Zeiten geopolitischer Konfrontationen möglich sind.

Alarmruf zur Halbzeit

Aber acht Jahre später ist es „an der Zeit, Alarm zu schlagen. Auf halbem Weg zum Jahr 2030 sind die Ziele für nachhaltige Entwicklung in großen Schwierigkeiten“, konstatierte der UN-Generalsekretär António Guterres in seinem Fortschrittsbericht über die Umsetzung der SDGs.¹ Zur Halbzeit sind die Länder nur bei höchstens 15 % der Zielvorgaben im Plan. Bei fast 50 % sind die Fortschritte unzureichend und bei 37 % stagniert die Entwicklung oder sie läuft sogar in die falsche Richtung. Armut, Hunger und globale Ungleichheit haben infolge der Krisen der letzten Jahre wieder zugenommen, das Artensterben setzt sich ungebremsst fort, die Klimakrise führt zu immer verheerenderen Extremwetterereignissen und die Zahl gewaltsamer Konflikte ist nach Angaben des Heidelberger Instituts für Internationale Konfliktforschung weltweit im Jahr 2022 auf 216 gestiegen.²

Der Ukrainekrieg ist nur einer von ihnen, aber zweifellos der Konflikt mit den gravierendsten Aus-

wirkungen für große Teile der Menschheit. Am deutlichsten zu spüren ist das bei der Ernährungsicherheit und der Energieversorgung. Die Weltmarktpreise für Getreide, Erdöl und Erdgas waren im vergangenen Jahr auf Rekordniveau gestiegen und lösten eine Inflationsspirale mit massiven Folgen aus. Die Global Crisis Response Group der Vereinten Nationen warnte vor der bislang schwersten Krise der Lebenshaltungskosten in diesem Jahrhundert.³ Als Reaktion darauf sind die Notenbanken, allen voran die US-amerikanische Federal Reserve und die Europäische Zentralbank von ihrer Niedrigzinspolitik abgerückt. Die steigenden Zinsen drohen nun in vielen Ländern des Globalen Südens eine neue Welle von Schuldenkrisen auszulösen – und damit die Verwirklichung der SDGs zusätzlich zu erschweren.

Angesichts dieser Situation richtete der UN-Generalsekretär einen dramatischen Appell an die Staatengemeinschaft:

„Wir können nicht einfach weitermachen wie bisher und ein anderes Ergebnis erwarten. Wir können nicht mit einem moralisch bankrotten Finanzsystem weitermachen und von den Entwicklungsländern erwarten, dass sie Ziele erreichen, die die Industrieländer unter weitaus weniger schwierigen Bedingungen erreicht haben.“⁴

Um die SDGs noch zu erreichen, forderte Guterres einen Rettungsplan für die Menschen und den Planeten (A Rescue Plan for People and Planet), den die Staats- und Regierungschefs beim SDG-Gipfel am 18 und 19. September 2023 in New York beschlie-



ßen sollten. Er sollte folgende drei Bereiche umfassen:

- » Die Stärkung der Governance und der Institutionen für eine nachhaltige und integrative Transformation, inkl. der Stärkung von Städten und Kommunen
- » Die Priorisierung von Politiken und Investitionen, die Multiplikatoreffekte für alle Ziele haben, z.B. im Rahmen der sogenannten Partnerschaften für eine gerechte Energiewende (Just Energy Transition Partnerships)
- » Die Erhöhung der SDG-Finanzierung und Sicherstellung günstiger globaler Rahmenbedingungen für die Länder des Globalen Südens, inkl. eines SDG-Konjunkturprogramms (SDG Stimulus) von 500 Mrd. US-Dollar pro Jahr

Obwohl Guterres' Plan hinreichend allgemein gehalten war, war er dennoch hochumstritten. Vor allem die USA und einige Verbündete lehnten den Vorschlag für ein SDG-Konjunkturpaket und auch für andere Formen der SDG-Finanzierung vehement ab. Dahinter steht die grundsätzliche Kontroverse über die Frage, welche Rolle die Vereinten Nationen bei der Reform der Internationalen Finanzarchitektur gegenüber den vom Westen dominierten Finanzinstitutionen, allen voran dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank, spielen sollen. Die in der Gruppe der 77 (G77) zusammengeschlossenen Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas setzen auf die Vereinten Nationen mit ihrem Prinzip „Ein Land – Eine Stimme“. Die westlichen Länder sehen das Mandat für die internationale Finanzpolitik vor allem bei IWF und Weltbank, in denen das Prinzip „Ein Dollar – Eine Stimme“ gilt.

SDG-Gipfelerklärung: Viel Commitment – wenig Action

Das offizielle Ergebnis des SDG-Gipfels 2023, die politische Erklärung der Staats- und Regierungschefs, wird den Erwartungen an einen „Rettenungsplan“ kaum gerecht.⁵ Die Erklärung enthält in blumiger Prosa Verpflichtungen zu mutigem transformativem Handeln, internationaler Solidarität und der Bekämpfung von Rassismus und aller Formen von Diskriminierung. Außerdem enthält sie einen Aktionsaufruf, mit dem die Regierungen hauptsächlich an sich selbst appellieren, mehr für die Umsetzung der Agenda 2030 zu tun. Viele Aussagen bleiben aber vage, wurden im Laufe der Verhandlungen verwässert und haben für die Regierungen keine unmittelbaren Konsequenzen. Zum geforderten SDG-Konjunkturprogramm heißt es beispielsweise nur noch: „Wir begrüßen die Bemühungen des Generalsekretärs, die SDG-Finanzierungslücke mit einem SDG-Konjunkturpaket schließen zu wollen.“ (Pkt. 38, t, iv). In allgemeinen Worten sagen die Regierungen zu, die Vorschläge zeitnah voranzutreiben. Der Vorschlag, Sonderziehungsrechte des IWF den Ländern, die sie am dringendsten benötigen, zur Verfügung zu stellen, wurde zwar aufgenommen, auf Druck der USA aber nur auf freiwilliger Basis („We call for an urgent voluntary re-channeling of Special Drawing Rights (...)“ (Pkt. 38, t, vii). Bemerkenswert ist immerhin die Verpflichtung zu inklusiven zwischenstaatlichen Diskussionen über die Reform der internationalen Finanzinstitutionen, unter anderem in den Vereinten Nationen. Hier kann sich bis zum UN-Zukunftsgipfel im September 2024 möglicherweise eine neue politische Dynamik entwickeln.



Cia Pak/ UN Photo



Das offizielle Ergebnis des SDG-Gipfels 2023, die politische Erklärung der Staats- und Regierungschefs, wird den Erwartungen an einen ›Rettungsplan‹ kaum gerecht.

Und Deutschland?

Auch Deutschland ist bei der SDG-Umsetzung nicht im Plan. Von den 75 Schlüsselindikatoren und Zielen der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie ist der Trend bei 30 Indikatoren positiv, bei 29 Indikatoren ist das Tempo des Fortschritts zu niedrig, um die Ziele bis zum Jahr 2030 zu erreichen, und bei sieben Indikatoren geht die Entwicklung in die falsche Richtung.⁶ Und selbst diese Bewertung ist zu positiv, weil sie die negativen externen Effekte deutschen Konsumierens und Produzierens im Ausland zu wenig berücksichtigt. Gemessen an den CO₂-Emissionen, am Flächenverbrauch und dem Wasserverbrauch von Importgütern lebt die deutsche Bevölkerung weiterhin auf zu großem Fuß. Gerade diese Spillover-Effekte müssen bei der Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, die im Herbst 2023 beginnt, daher stärker berücksichtigt werden.

Ein Lichtblick sind immerhin die Veränderungsprozesse, die die Agenda 2030 und ihre Ziele auf lokaler Ebene in Gang gesetzt haben. Mehr als 230 Städte, Kreise und Gemeinden haben bisher eine Musterresolution zur Unterstützung der Agenda 2030 unterzeichnet. Das Spektrum reicht von Freiburg im Süden bis Kiel im Norden und von Aachen im Westen bis Greifswald im Osten. Dutzende von Städten haben beschlossen, auf Basis der Agenda 2030 integrierte Nachhaltigkeitsstrategien zu erarbeiten. Unter ihnen sind Großstädte wie Dortmund, Essen und Bonn, aber auch kleinere Städte wie Arnberg, Bad Berleburg und Bedburg. Eine wachsende Zahl von Städten und Regionen berichtet über ihre Bemühungen bei der Umsetzung der Agenda 2030 im Rahmen sogenannter freiwilliger lokaler Berichte (Voluntary Local Reviews, VLRs) direkt an die Vereinten Nationen. Aus Deutschland war das in diesem Jahr unter anderem Hamburg.

Die vielfältigen kommunalen Initiativen sind kein Ersatz für die notwendigen politischen Maßnahmen und Reformen auf nationaler und globaler Ebene. Sie zeigen aber immerhin, dass die Agenda 2030 und ihre Ziele weiterhin eine gewisse Mobilisierungswir-

kung „an der Basis“ haben. Das ist allerdings auch bitter nötig, denn ohne das Engagement von Zivilgesellschaft und Kommunen wird es bei der Verwirklichung der SDGs keine Fortschritte geben.



Jens Martens

Jens Martens ist Geschäftsführer des Global Policy Forums Europe und Mitautor des Reports „Halbzeitbilanz der Agenda 2030 – Die globalen Nachhaltigkeitsziele auf dem Prüfstand“.

- 1 UN Secretary-General (2023): Progress towards the Sustainable Development Goals: Towards a Rescue Plan for People and Planet. Report of the Secretary-General (Special Edition). New York: UN General Assembly and ECOSOC (UN Dok. E/2023/64).
- 2 Heidelberg Institute for International Conflict Research (2023): Conflict Barometer 2022. Heidelberg.
- 3 Global Crisis Response Group on Food, Energy and Finance (2022): Global Impact of the war in Ukraine: Billions of people face the greatest cost-of-living crisis in a generation (Brief 2, 8. Juni). New York/Genf: UN.
- 4 UN Secretary-General (2023), Pkt. 8.
- 5 UN General Assembly (2023): Political Declaration to be adopted at the High-level Political Forum on Sustainable Development (HLPF), under the auspices of the General Assembly in September 2023. New York (UN Dok. A/HLPF/2023/L.1).
- 6 Bundesregierung (2021): Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie – Weiterentwicklung 2021. Berlin. Bei neun Indikatoren ist nach den Worten der Bundesregierung statistisch derzeit keine richtungssichere Einschätzung des Indikators möglich.



Towfiqu barbhuiya/Unsplash

EINE WELT OHNE ARMUT IST MÖGLICH

Die Ziele der Agenda 2030 bleiben richtungsweisend

Eine Welt ohne Armut ist und bleibt eine notwendige Vision. „Eine andere Welt ist möglich“ – dieses alte Motto des Weltsozialforums ist unverändert gültig. Die Politiken der Mitgliedsländer brauchen eine gute und gemeinsame Richtschnur, die ökologische und soziale Kriterien verbindet. Trotz Rückschlägen in der Umsetzung bleiben die Nachhaltigkeitsziele der UN ein wichtiger Bezugspunkt. Die Regierungen müssen sich in ihrer Praxis mehr an diesen Zielen orientieren.

Mit der Verabschiedung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen im Jahr 2015 hat sich die Weltgemeinschaft das prioritäre Ziel der Armutsbekämpfung zu eigen gemacht. Die Halbzeitbilanz ist düster: Die Weltgemeinschaft ist weit davon entfernt, ihre selbst gesteckten Ziele im Kampf gegen Armut, Hunger und Ungleichheit zu erreichen. Schlimmer noch: Im Vergleich zum Jahr 2015 existieren bei mehr als 30 % der Ziele keine Veränderungen oder es werden gar Rückschritte beobachtet, so ein aktueller Bericht der Vereinten Nationen zum

Stand der Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs).¹

Armut global

Die Agenda 2030 hat sich u.a. zum Ziel gesetzt, bis 2030 „extreme“ Armut – seit 2022 verstanden als ein Einkommen von weniger als 2,15 \$ am Tag – vollständig abzuschaffen und andere Formen der Armut – in all ihren Dimensionen nach der jeweiligen nationalen Definition – bis 2030 zumindest zu halbieren.

In den vergangenen Jahrzehnten konnten durchaus Fortschritte in der globalen Armutsbekämpfung beobachtet werden: Nach Angaben der Vereinten Nationen ist der Anteil der Weltbevölkerung, der in extremer Armut lebt, von 36 % im Jahr 1990 auf 10 % im Jahr 2015 gesunken. Danach verlangsamte sich das Fortschrittstempo zunächst – 2021 lebten noch 8,8 % der Weltbevölkerung in extremer Armut –, bis mit Beginn der Corona-Pandemie ein trauriger Rückwärtstrend begann. 2020, so die Vereinten Nationen, stieg die Zahl der Personen, die in extremer Armut lebten, auf 724 Millionen Menschen und damit auf 9,3 % der Weltbevölkerung. Auch durch klimabedingte Katastrophen sowie den Angriffskrieg gegen die Ukraine und seine globalen Auswirkungen gehen die Vereinten Nationen davon aus, dass im Jahr 2030 nach wie vor 7 % der Weltbevölkerung, sprich 575 Millionen Menschen, in extremer Armut leben könnten. Wenn diese Prognose eintritt, wäre nicht nur das 2015 gesetzte Ziel der Beseitigung von extremer Armut verfehlt, vielmehr hätte sich seit 2015 die extreme Armut lediglich um magere 30 % reduziert.²

Armut in Deutschland

Unter anderem zeigt sich am Beispiel Deutschland, dass die Regierungen deutlich aktiver und ambitionierter werden müssen, um Armut nach der jeweiligen nationalen Definition zu halbieren. Von 127 Staaten, für die Daten zum Thema Armut vorliegen, wird lediglich ein Drittel das genannte Ziel bis 2030 erreichen, prognostizieren die Vereinten Nationen. Global gesehen können soziale Sicherungssysteme einen Beitrag dazu leisten, Armut zu verringern. Jedoch profitierten im Jahr 2020 lediglich 47 % der Weltbevölkerung von mindestens einer Komponente sozialer Sicherung.

Deutschland ist ein reiches Land mit einem, im globalen Maßstab betrachtet, sehr gut ausgebauten Sozialstaat. Gleichwohl sind auch in Deutschland die Früchte des Reichtums äußerst ungleich verteilt. Wie der Paritätische Gesamtverband mit seinen Armutsberichten regelmäßig dokumentiert, ist Armut in Deutschland ein weit verbreitetes Phänomen. Unter Armut wird dabei ein unzureichendes Einkommen verstanden, um ein gesellschaftlich normales Leben zu führen. Nach diesem Verständnis sind etwa 16,9 % der Menschen im Land von Armut betroffen. In absoluten Zahlen entspricht dies etwa 14,1 Mio. Menschen. Zudem zeigt der Bericht einen besorgniserregenden Aufwärtstrend bei der Armut.³ Diese Entwicklung steht im diametralen Widerspruch zu den Zielen der SDGs.

Eine Strategie zur Bekämpfung von Armut in Deutschland? Fehlanzeige!

Die Bundesregierung entledigt sich dieses Problems, indem in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie das in SDG 1 formulierte Ziel zur Armutsreduktion – zugespitzt formuliert – schlicht wegdefiniert wird. Armut wird interpretiert als „materielle Deprivation“.

Damit ist das Fehlen von grundlegenden Gütern und Diensten in den Haushalten gemeint – etwa Verzicht auf einen Urlaub oder eine Waschmaschine aus finanziellen Gründen. Der angenehme Effekt dieser Definition: Die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums am unteren Ende wird nicht länger problematisiert. Und wie sieht es aus mit der angestrebten Halbierung der Armut bis 2030? Davon bleibt nicht viel. Eine Reduzierung der Armut taucht in der Nachhaltigkeitsstrategie als Ziel nicht auf. Die Bundesregierung nimmt sich als Ziel für das Jahr 2030 lediglich vor, auch 2030 noch besser dazustehen als die anderen EU-Länder.⁴ Das ist schlicht ambitionslos.

Seit Jahren dokumentieren auch die Armutsberichte der Bundesregierung das Ausmaß von Armut. Es fehlt aber regelmäßig eine politische Strategie zur Bekämpfung der Armut. Immerhin hat die Ampel-Koalition aus SPD, Grünen und FDP einige wichtige Vorhaben benannt, etwa die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf zwölf Euro. Diese Maßnahme ist aber von der parallel einsetzenden Inflation konterkariert worden. Auch sozialpolitische Reformen wie die Einführung des Bürgergelds oder der Kindergrundsicherung können einen spürbaren Beitrag zur Bekämpfung der Armut leisten. Dafür müssen aber die Leistungen deutlich erhöht werden. Denn gegen Armut hilft nun einmal vor allen Dingen Geld. Genau dieses zentrale Element – mehr Geld für arme Haushalte – fehlt aber bei den sozialpolitischen Projekten der Ampel. Es fehlt die Bereitschaft zu einer Umverteilung der bestehenden Ressourcen – hin zu einer gerechteren Einkommensverteilung im Land, hin zu der Finanzierung einer sozialökologischen Transformation und hin zu einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung. Das sind umfassende Gestaltungsaufgaben für die Politik der deutschen Bundesregierung. Und es ist der Auftrag der Agenda 2030, an die Akteure der Zivilgesellschaft die Politik immer wieder erinnern müssen.



Andreas Aust und Marta Bociek

Andreas Aust ist beim Paritätischen Gesamtverband Referent für Sozialpolitik. Marta Bociek ist beim Paritätischen Gesamtverband Referentin für Flüchtlingshilfe, Humanitäre Auslandshilfe und Internationale Kooperation.

1 United Nations (2023): The Sustainable Development Goals Report 2023, S. 2.

2 United Nations (2023), S. 12.

3 Jonas Pieper u. a. (2023): Zwischen Pandemie und Inflation. Der Paritätische Armutsbericht 2022, Aktualisierte Auflage März 2023, Berlin: Paritätischer Gesamtverband.

4 Vgl. dazu: <https://www.2030watch.de/sdg-1-zgmonitoring>



Couleur/Pixabay

„KEIN HUNGER BIS 2030“

Handeln statt Absichtserklärungen

Was kann gegen die beunruhigende Lage bei der Hungerbekämpfung getan werden? Aus unserer Sicht braucht es mehr Investitionen, einen menschenrechtsbasierten Ansatz und eine stärkere Regierungsführung.

Genau genommen geht es beim zweiten Ziel für nachhaltige Entwicklung um viel mehr als „Kein Hunger“: Das spiegelt sich auch in den acht Unterzielen und 15 Indikatoren wider, mit denen das Ziel gemessen wird. Lediglich in dem ersten Unterziel geht es nur um Hunger (2.1), also dass Menschen zu wenig Kalorien für ein gesundes Leben zur Verfügung haben. Fehlernährung, der Schwerpunkt des zweiten Ziels (2.2) umfasst auch Übergewicht oder Mikronährstoffmangel. Die Ziele drei bis fünf (2.3–2.5) konzentrieren sich auf die Landwirtschaft und schauen auf Aspekte wie Produktivität, Einkommen, Nachhaltigkeit und genetische Vielfalt von Saatgut, Kulturpflanzen sowie Tiere in der Landwirtschaft. Die letzten drei Ziele (2.a–2.c) decken Investitionen in Infrastruktur, Technologie, Handelsbeschränkungen ab und blicken darauf, ob Märkte funktionieren.¹

Die Ziellinie ist in weite Ferne gerückt

Zur Halbzeit der Agenda 2030 gehört das SDG 2 zu den Zielen, um die es besonders schlecht bestellt ist: Südasien und Afrika südlich der Sahara sind wie in den letzten zwanzig Jahren schon die am stärksten von Hunger betroffenen Weltregionen.² Im Großen und Ganzen ergibt sich ein besorgniserregendes Bild: 735 Millionen Menschen leiden an Hunger, und Schätzungen zufolge werden es im Jahr 2030 immer noch rund 600 Millionen sein.³ Das sind sogar etwas mehr als 2015, als die Agenda 2030 verabschiedet wurde. Vereinzelt gibt es aber auch positive Entwicklungen: In sieben Ländern, die im Jahr 2000 einen sehr ernsten Hungerzustand hatten – Angola, Äthiopien, Niger, Sierra Leone, Sambia, Somalia und Tschad –, hat sich die Situation verbessert.⁴

Die Datenlage zu den eher auf die Landwirtschaft bezogenen Unterzielen von SDG 2 ist

deutlich schlechter, zum Beispiel zur landwirtschaftlichen Produktivität und den Einkommen von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, die bis 2030 verdoppelt werden sollten. Daher ist es schwierig, hierzu auf globaler Ebene eine klare Aussage zu treffen, außer, dass wir dringend bessere Daten brauchen. Ein weiterer spannender Indikator für das Unterziel 2a ist der Agrarorientierungsindex für Staatsausgaben. Die Daten zeigen, dass viele Staaten in Afrika und Asien weniger für Landwirtschaft ausgeben, als es dem Anteil des Sektors an der gesamten Wirtschaftsleistung nach sein müsste. Es wird also im Schnitt zu wenig in die Landwirtschaft investiert.⁵

Das Ruder herumreißen

Ohne Geld ist es leider schwer, die Welt zu verändern. Seit den 70er-Jahren haben sich die Geberländer dazu verpflichtet, mindestens 0,7 % ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) für die öffentlichen Mittel für Entwicklungsleistungen (Official Development Aid, ODA) aufzuwenden. Außerdem haben sie versprochen mindestens 0,2 % ihres BNE für die sogenannten am wenigsten entwickelten Länder (Least Developed Countries, LDCs) bereitzustellen. Die erste Verpflichtung erfüllt Deutschland derzeit noch, die zweite nicht. Das jüngste Haushaltsgesetz, das die Bundesregierung dem Parlament vorgelegt hat, sieht zudem Kürzungen ab 2024 vor, darunter eine Milliarde Euro weniger für humanitäre Hilfe und Krisenprävention. Dabei handelt es sich um Mittel, die häufig an die am wenigsten entwickelten Länder gehen. Wir fordern daher von der Bundesregierung und den anderen Geberländern, eine stabile Finanzierung zu gewährleisten. Auch wegen der großen Rolle, die die Landwirtschaft für die Wirtschaftsleistungen vieler Partnerländer spielt, ist es wichtig hier anzusetzen.

Frei von Hunger leben zu können, ist ein Menschenrecht. Wie das umgesetzt werden kann, erklären Leitlinien, die die Welternährungsorganisation (Food and Agriculture Organization, FAO) vor 20 Jahren beschlossen hat.⁶ Darin steht etwa, dass Staaten den Zugang zu Ressourcen wie Land, Wasser oder Vieh erleichtern sollten, insbesondere für schutzbedürftige und diskriminierte Gruppen. Zum Beispiel wird in mehr als 100 Ländern Frauen nach wie vor das Recht verweigert, den Besitz ihrer Ehemänner zu erben, was ihren Zugang zu Land stark einschränkt (Leitlinie 8). Wie wichtig es ist, dass Regierungen die Zivilgesellschaft und andere Schlüsselakteure, einschließlich Kleinbäuerinnen und Kleinbauern sowie den Privatsektor einbeziehen, betont Leitlinie 3.8. Partizipation ist eine Frage der Gerechtigkeit und wichtig, um sicherzustellen, dass wirklich das getan wird, was die betroffenen Menschen brauchen. Es liegt in erster Linie in der Verantwortung von Staaten, das Menschenrecht auf Nahrung umzusetzen.

Außerdem müssen Regierungen die Agenda 2030 in Gesetzen, in der Politik und in der Wirtschaft ver-

ankern und sich konkrete Ziele setzen, die messbar und verpflichtend sind. Letzteres war auf Gipfeln, die die Vereinten Nationen 2021 und 2023 veranstaltet haben, um der Umgestaltung von Ernährungssystemen neuen Schwung zu geben, nicht der Fall. Viele SDG-Indikatoren sind unzureichend, weil Daten fehlen und sie Begriffe wie „nachhaltig“ nicht definieren (z. B. Indikator 2.4.1: Anteil der landwirtschaftlichen Fläche, die produktiv und nachhaltig bewirtschaftet wird). Ohne eine klare Ausgangslage sowie verbindliche und messbare Ziele ist es für Parlamente, Wissenschaft und Zivilgesellschaft schwer, Lücken aufzuzeigen und Entscheider:innen zur Verantwortung zu ziehen. Sie müssen ausreichend beteiligt werden, damit das SDG 2 erreicht werden kann.



Johanna Braun und Frauke Bohner

Johanna Braun und Frauke Bohner sind Referentinnen für Landwirtschafts- und Entwicklungspolitik bei der Deutschen Welthungerhilfe.

- 1 DeStatis: SDG 2.
- 2 Welthungerhilfe und Concern Worldwide (2023): Welthungerindex.
- 3 UNICEF (2023): The State of Food Security and Nutrition in the World 2023.
- 4 Welthungerhilfe und Concern Worldwide (2023): Welthunger-Index 2023: Jugend als treibende Kraft für nachhaltige Ernährungssysteme, S. 5.
- 5 Our World in Data team (2023): Sustainable Development Goal 2.
- 6 BMEL (2019): Das Menschenrecht auf Nahrung und die Freiwilligen Leitlinien der FAO.



by Francisco Venâncio

Francisco Venâncio/Unsplash

»GESUNDHEIT FÜR ALLE« IN GEFAHR

Der Fachkräftemangel erschwert die Erreichung des SDG 3

Ohne Fachkräfte kommt kein Gesundheitswesen aus. Doch die Fachkräfte sind knapp. Die Corona-Pandemie hat den Wettbewerb um sie noch angeheizt – auch von deutscher Seite aus. Verlierer sind die Länder des Globalen Südens. Denn ihnen fehlen ohnehin Ärzt:innen, Pflegepersonal und Hebammen. Hält der Wettstreit an, werden wir das Nachhaltigkeitsziel Nummer drei – „Gesundheit für alle“ – bis 2030 verfehlen.

Jeder Mensch hat das Recht auf Gesundheit. Das ist in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen verankert. Dazu zählen auch die in der Agenda 2030 genannten Unterziele des Ziels für nachhaltige Entwicklung Nummer drei (SDG 3), etwa eine Gesundheitsversorgung für alle, die Bekämpfung der großen drei Infektionskrankheiten Malaria, Tuberkulose und HIV/Aids – aber eben auch die

Erhöhung der Zahl von Gesundheitsfachkräften in Ländern des Globalen Südens.

Corona macht Fortschritte in der Gesundheitsfürsorge zunichte

An einigen Stellen hat sich die Gesundheitsvorsorge in den letzten Jahren verbessert. Laut dem SDG-Report 2023 der Vereinten Nationen starben in vielen Ländern weniger Kinder als noch 2015; es

gab weltweit auch weniger Aids-bedingte Todesfälle und mehr Frauen und Mädchen haben heute einen besseren Zugang zu sexuellen und reproduktiven Gesundheitsdiensten.¹ Doch die COVID-19-Pandemie hat auch viele Erfolge zunichte gemacht: Weltweit erkrankten mehr als 768 Millionen Menschen an einer COVID-19-Infektion, mehr als 6,9 Millionen starben daran.² In vielen Ländern, vor allem des Globalen Südens, sind infolge der Pandemie auch grundlegende Gesundheitsdienste eingebrochen.³ So wurden weniger Kinder als in den zurückliegenden drei Jahrzehnten geimpft, und es sind wieder mehr Menschen an Tuberkulose und Malaria gestorben als vor der Pandemie. Auch verbesserte sich die allgemeine Gesundheitsversorgung nicht wie noch 2015 mit den SDGs geplant.

Deutschlands Rolle bei der Anwerbung von Gesundheitsfachkräften

Hinzu kommt, dass die Pandemie die internationale Anwerbung von Gesundheitspersonal beschleunigte – zu Lasten der Länder des Globalen Südens.⁴ Zwar steht Deutschland im internationalen Vergleich nicht schlecht da, was die Zahl seiner Gesundheitsfachkräfte betrifft. Doch auch hierzulande wächst die Personallücke – mit gravierenden Folgen für die Versorgung. Auch deswegen setzt die Bundesregierung auf die internationale Anwerbung von Gesundheitspersonal und dies nun auch verstärkt in Ländern des Globalen Südens. Dort fehlt dieses Personal dann und eine grundlegende Gesundheitsversorgung ist im schlimmsten Fall nicht mehr möglich. Diese Abwerbepolitik gefährdet das SDG 3 und es gefährdet Menschenleben in Ländern, die ohnehin ein instabiles, chronisch unterfinanziertes Gesundheitssystem aufweisen.

Brot für die Welt fordert die Akteur:innen in der Debatte um die Anwerbung von Gesundheitspersonal aus dem Ausland auf, Folgendes zu beachten:

1. Berücksichtigung des WHO-Verhaltenskodex zur internationalen Anwerbung von Gesundheitspersonal

Im Jahr 2010 haben alle Mitgliedsstaaten der Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization, WHO) einen globalen Verhaltenskodex zur internationalen Rekrutierung von Gesundheitspersonal beschlossen.⁵ Auch Deutschland hat ihn unterzeichnet. Trotz seiner Unverbindlichkeit sollte die Bundesregierung den WHO-Kodex umfassend anwenden. So sollte sie aus Ländern mit kritischem Personalmangel grundsätzlich nicht anwerben. Des Weiteren sollte die Bundesagentur für Arbeit bei der Anbahnung von bilateralen Abwerbeabkommen mit anderen Ländern verpflichtend mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und mit unabhängigen zivilgesellschaftlichen Organisationen der Herkunftsländer zusammenarbeiten. Nur so können die entwicklungspolitischen Perspektiven und die Interessen

der Länder des Globalen Südens stärker berücksichtigt werden.

2. Aufbau und Erhalt eines Personalbestands an Gesundheitsfachkräften

Zuwanderung befreit nicht von der Verantwortung, die Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen grundsätzlich zu verbessern. Um vorhandenes Personal zu halten und neue Fachkräfte, die bereits in Deutschland leben, zu gewinnen, müssen Gehaltsstrukturen sowie weitere Bedingungen im Arbeitsumfeld verbessert werden – auch, um die bestehenden Belastungen abzubauen. Hierzu gehören auch eine wirksame Personalplanung und Strategien zur Aus- und Weiterbildung, die auf den Erhalt des Personalbestands und die Motivation der Mitarbeitenden hinwirken. Aber auch wirtschaftlich schwächere Länder sollten von Deutschland unterstützt werden, entsprechende Strukturen im Gesundheitswesen vor Ort zu verbessern, etwa durch technische und finanzielle Unterstützung der Gesundheits- und Ausbildungssysteme.

3. Verlässliche Informationen und Evaluationsdaten über die Anwerbung einholen

Damit die Bundesregierung entsprechend dem WHO-Kodex sicherstellen kann, dass die Vorteile für das Herkunftsland in einem angemessenen Verhältnis zu den Vorteilen stehen, von denen das deutsche Gesundheitssystem profitiert, braucht es eine klare Datenlage. Doch das ist bislang nicht der Fall. Es braucht eine umfassende Datenerhebung und begleitende Forschung aller staatlichen und privaten Anwerbeverfahren, wobei die lokale und zivilgesellschaftliche Expertise mit einbezogen werden müssen. Nur so können wir die Auswirkungen der Abwerbung von Personal in den Herkunftsländern und Regionen verstehen und mit Programmen gegensteuern.



Julia Stoffner

Julia Stoffner ist Referentin für internationale Gesundheitspolitik bei Brot für die Welt.

- 1 United Nations (2023): The Sustainable Development Goals Report 2023: Special Edition.
- 2 WHO (2023): WHO Coronavirus (COVID-19) Dashboard.
- 3 WHO (2022): Third round of the global pulse survey on continuity of essential health services during the COVID-19 pandemic.
- 4 WHO (2023): WHO renews alert on safeguards for health worker recruitment.
- 5 Der Kodex hält grundlegende Kriterien für die Anwerbung von Gesundheitspersonal fest, vor allem auch mit Blick auf die Rechte der Arbeitnehmer:innen sowie auf die Situation in den Herkunftsländern.



Mojpe/Pixabay

BILDUNG FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Ein Schlüssel zur Umsetzung der Agenda 2030

Der Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung ist in der Agenda 2030 im SDG 4 festgeschrieben. Im Unterziel 4.7 wird zudem festgehalten, wie Bildung zu gesellschaftlichem Wandel und zu einer nachhaltigeren und gerechteren Welt beitragen kann. Bildung wird damit eine Schlüsselrolle bei der Erreichung aller SDGs zugeschrieben. Damit Bildung dieser Rolle gerecht werden kann, muss sie aber flächendeckend und breitenwirksam umgesetzt werden. Im deutschen bildungspolitischen Kontext gibt es hier noch große Schwachstellen.

Die Agenda 2030 setzt sich in SDG 4 das Ziel, allen Menschen weltweit den Zugang zu Bildung zu ermöglichen. Zugrunde liegt die Überzeugung, dass Bildung eine Grundlage für Chancengerechtigkeit, individuelle Entwicklungsmöglichkeiten, gesellschaftliche und politische Teilhabe und damit für ein gutes Leben ist. Dabei kommt es aber auch auf die Qualität der Bildung an. Laut der Agenda 2030 muss sie inklusiv sein, um alle Menschen zu erreichen und qualitativ hochwertig, um bestimmte Fähigkeiten zu schulen, die die oben genannten Ziele ermöglichen.

Bildung für nachhaltige Entwicklung trägt zur Erreichung aller SDGs bei

Blickt man nicht nur auf individuelle Entwicklungsmöglichkeiten, sondern auf die Entwicklung

der globalen Gesellschaft im Ganzen nimmt ein Unterziel des SDG 4 eine besondere Rolle ein. In SDG 4.7 ist Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) verankert. Im Kontext der Agenda 2030 wird dem SDG 4.7 eine Schlüsselrolle zugeschrieben: Ökologische, ökonomische und soziale Krisen gefährden die Lebensgrundlage und das zukünftige Zusammenleben auf unserem Planeten. Eine fundamentale sozial-ökologische und ökonomische Transformation ist dringend notwendig. Damit die gelingen kann, müssen möglichst viele Menschen aktiv werden und an einem Strang ziehen. Hier kommt BNE ins Spiel. BNE informiert Menschen über globale Krisen und Zusammenhänge, sensibilisiert sie und zeigt ihnen auf, wie sie selbst dazu beitragen können, die Welt zu einem nachhaltigeren und gerechteren Ort zu machen. BNE vereint verschiedene Bildungskonzepte, die

unterschiedliche thematische Schwerpunkte mitbringen: Umwelt- und Klimabildung, Friedenspädagogik, politische Bildung und das Globale Lernen, das besonders auf globale Ungleichheiten blickt. Im Sinne des lebenslangen Lernens richtet sich BNE nicht nur an Schüler:innen. BNE findet auch in Kitas, an Hochschulen, in Einrichtungen der beruflichen Bildung, für Führungskräfte in Unternehmen und in der informellen Erwachsenenbildung, zum Beispiel über die Volkshochschulen, statt.

Neues UNESCO-Programm politisiert BNE stärker

Die UNESCO ist zuständig dafür, das SDG 4 und das Unterziel SDG 4.7 BNE voranzubringen. 2020 hat die UNESCO ihr neues Programm „BNE 2030“ veröffentlicht. Dort werden fünf konkrete Handlungsfelder vorgeschlagen, an denen sich die UNESCO-Mitgliedstaaten orientieren sollen, um BNE in ihrem Kontext umzusetzen:

- » Zur politischen Unterstützung soll BNE ganzheitlich in jede staatliche entwicklungs- und bildungspolitische Strategie integriert werden.
- » Lehr- und Lernumgebungen sollen nachhaltig gestaltet werden. Das kann beispielsweise bedeuten, dass Schulen ihre Beschaffungspolitik nachhaltig und fair gestalten oder demokratische Strukturen zur Beteiligung von Schüler:innen schaffen.
- » BNE-Kompetenzen sollen stärker in die Aus-/Fort- und Weiterbildung von Multiplikator:innen wie Lehrkräfte, Erzieher:innen oder akademischem Personal eingebunden werden.
- » Junge Menschen sollen als Akteur:innen des Wandels stärker einbezogen werden.
- » BNE soll in lokale Strukturen in Gemeinden, Städten und Regionen integriert werden.

Besonders zu begrüßen ist, dass BNE in dem neuen Programm stärker politisiert wird, indem die politische Handlungsfähigkeit und Teilhabe von Menschen gestärkt werden soll. Das ist wichtig, damit die Verantwortung für globale Herausforderungen nicht nur individualisiert wird, sondern auch strukturelle und grundlegende Veränderungen angestrebt werden. Menschen sollen in Bildungsangeboten also nicht nur in ihrer Rolle als Konsument:innen adressiert werden, sondern als Bürger:innen, die politische und gesellschaftliche Veränderungen mitgestalten können. Das neue Programm spricht auch davon, Entscheidungsträger:innen in Wirtschaft und Politik als Zielgruppe von BNE stärker in den Fokus zu nehmen.

Deutschland wird den Ansprüchen von BNE nicht gerecht

In Deutschland ist das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) federführend für BNE zuständig. Das Ministerium hat mit der Nationalen Plattform BNE¹ ein Gremium geschaffen, das die Umsetzung von BNE begleitet. In der Nationalen Plattform kommen Expert:innen aus Bildung, Wis-

senschaft, Zivilgesellschaft, Politik, Wirtschaft und Kommunen zusammen. Auch andere Ressorts der Bundesregierung sind vertreten. BNE ist also nicht alleinige Aufgabe eines Bildungsministeriums, sondern schafft Verbindungen zu anderen Ressorts, beispielsweise dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

In der Theorie sind die Voraussetzungen zur Umsetzung von BNE in Deutschland eigentlich sehr gut. Leider hapert es in der Praxis trotzdem. Folgende Schwachstellen müssen in der zweiten Halbzeit der Agenda 2030 dringend angegangen werden, damit BNE ihrer Rolle als Schlüssel zur Erreichung der Agenda 2030 gerecht werden kann:

- » Es fehlt bisher an einer flächendeckenden Verankerung von BNE, die BNE zum Beispiel standardmäßig in allen Lehrplänen in allen Schulen, Hochschulen und Einrichtungen der beruflichen Bildung integriert. Stattdessen gibt es viele Modellprojekte, die zwar begrüßenswert sind, aber nicht in die Breite der Gesellschaft hineinwirken.
- » Insbesondere die Befähigung von politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträger:innen durch BNE sollte stärker in den Blick genommen werden. Sie sind diejenigen, die die Macht haben, durch ihr Handeln effektiv zu einem gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Wandel beizutragen.
- » Zivilgesellschaftliche Organisationen tragen maßgeblich zur Umsetzung von BNE bei. Sie schaffen Brücken zwischen dem formalen und non-formalen Bildungsbereich und wirken dabei weit in die Gesellschaft hinein. Dieser Beitrag muss von politischer Seite unterstützt werden, indem die Förderprogramme für BNE finanziell aufgestockt werden.

Weitere Empfehlungen, die sich konkret an einzelnen Bildungsbereiche richten, hat VENRO gemeinsam mit dem Bündnis Zukunftsbildung und dem Deutschen Bundesjugendring in der Analyse „Bildung stärken, Zukunft schaffen“² zusammengefasst.



Lara Fedorchenko

Lara Fedorchenko ist Referentin für entwicklungspolitische Bildungsarbeit beim Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO e.V.) und koordiniert unter anderem die Arbeitsgruppe Bildung Lokal/Global.

1 Bundesministerium für Bildung und Forschung (2023): Nationale Plattform BNE (NP BNE).

2 VENRO, DBJR, Bündnis Zukunftsbildung (2022): Bildung stärken, Zukunft schaffen.



© Tshering Lhamo

AUF DEM WEG ZUR GLEICHSTELLUNG

Die Bedeutung lokaler Maßnahmen für die Umsetzung von SDG 5

Die Gleichstellung der Geschlechter bleibt auf globaler Ebene ein weit entferntes Ziel. Auf lokaler Ebene, zum Beispiel im Land Bhutan, konnten zwar Fortschritte im Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt und für politische Repräsentation erzielt werden, doch bleiben große Herausforderungen bestehen. Um eine globale Wirkung durch lokale Maßnahmen zu erzielen, setzt sich die Jugendorganisation Gross International Nature (GIN) für die Stärkung von Frauen im Bereich des Umweltschutzes auf Grassroots-Level ein.

Nach den Daten der Vereinten Nationen ist die Welt weit davon entfernt, das Ziel der Geschlechtergleichstellung bis 2030 zu erreichen. Beim gegenwärtigen Stand des Fortschritts wird davon ausgegangen, dass es 286 Jahre dauern würde, bis diskriminierende Gesetze abgeschafft sind, 140 Jahre, bis Frauen gleiche Rechte und Macht in ihrem Arbeitsbereich erhalten, und 47 Jahre, um Parität in nationalen Parlamenten zu erreichen.¹

Das Beispiel Bhutan: Erfolge und Herausforderungen

Vor dem Hintergrund weltweiter Bemühungen, die 2015 beschlossenen Ziele zu erreichen, lohnt sich ein Blick auf Bhutan und die Arbeit lokaler

Organisationen zum Thema Geschlechtergerechtigkeit in dem kleinen Binnenland in Südasien.

Bhutan wird seit 1972 von der Philosophie des Bruttonationalglücks (Gross National Happiness, GNH) geleitet. Dabei handelt es sich um einen ganzheitlichen Ansatz, der von Seiner Majestät, dem vierten König von Bhutan, Jigme Singye Wangchuk, begründet wurde. Der Ansatz geht aus einer Entwicklungsphilosophie hervor, die einem sogenannten Mittelweg (Middle Path) folgt. Innerhalb des GNH-Rahmens wird die Gleichstellung der Geschlechter als integraler Bestandteil hervorgehoben, wobei eine Gesellschaft angestrebt wird, in der Männer und Frauen die gleichen Möglichkeiten haben, sich zu entfalten und zum Wohlergehen der Nation beizutragen,

während gleichzeitig die Harmonie mit der Natur gewahrt wird.

Beim Index der geschlechtsspezifischen Ungleichheit (Gender Inequality Index, GII) ist Bhutan auf Platz 98 von 170.² Während sich die Ungleichheiten in den Bereichen Gesundheit und Bildung deutlich verringert haben, gibt es weiterhin Probleme bei der Erwerbsbeteiligung, die bei Frauen nur 53,8 % (konzentriert auf den Agrarsektor) gegenüber 69 % bei Männern beträgt, und bei der politischen Beteiligung von Frauen (aktuell 15,2 % im Parlament). Frauen und Mädchen haben eine doppelte Belastung durch unbezahlte Sorgearbeit (z.B. Betreuung von Kindern und älteren Familienmitgliedern) zu tragen. Außerdem lähmt die geschlechtsspezifische Gewalt, die durch die COVID-19-Pandemie noch verschärft wurde, ein Vorankommen bei der Gleichstellung der Geschlechter.

Es wurden zwar erhebliche Fortschritte erzielt, darunter die Entwicklung einer nationalen Gleichstellungspolitik, doch die vollständige Umsetzung steht noch aus. Da die Datensysteme für die Überwachung und Bewertung in diesem Bereich nach wie vor unzureichend sind und soziale und kulturelle Normen fortbestehen, die geschlechtsspezifische Rollen aufrechterhalten und die Führungsfähigkeiten von Frauen einschränken, bedarf es engagierten Handelns und erheblicher finanzieller und personeller Ressourcen, um nachhaltige Fortschritte bei der Gleichstellung der Geschlechter zu erzielen.

Lokale Lösungen mit globaler Wirkung

Während führende Politiker auf globaler Ebene Handlungsleitlinien und Zielvorstellungen entwickeln, sind lokale Projekte notwendig, um eine starke und direkte Wirkung zu erzielen, damit diese Ziele wirklich erreicht werden können. Ein Beispiel ist die Arbeit der kleinen Jugendorganisation Gross International Nature (GIN). GIN ist eine Umweltschutzorganisation, die von Frauen aus Bhutan, Bangladesch und Nepal gegründet wurde. Sie haben das gemeinsame Ziel, grenzüberschreitende Lösungen für die Umwelt zu finden und gleichzeitig die Gleichstellung der Geschlechter in ihren Aktivismus einzubeziehen. Dieses Engagement zeigt sich in mehreren Projekten und Initiativen, die in den drei Ländern durchgeführt werden.

In Bhutan hat sich GIN dafür eingesetzt, dass die Stimmen von Frauen aus den Orten, die an vorderster Front von durch den Klimawandel verursachten Verlusten und Schäden betroffen sind, gehört werden und Aufmerksamkeit bekommen. Die Organisation berichtet, dass Frauen eine der am stärksten gefährdeten Gruppen sind, weil sie oft die Hauptlast der Umweltprobleme tragen und deren negative Auswirkungen am meisten spüren. Ein Beispiel ist die Situation von Frau Wangmo, einer alleinerziehenden Mutter von drei Kindern aus der indigenen Gemeinde Merak, die während der so noch nie dagewesenen Schneefälle im Jahr 2022 darum kämpfte, ihr Dach

intakt zu halten. Dieses klimatische Ereignis führte zu wirtschaftlichen Verlusten, psychischem Stress bis hin zu lebensbedrohlichen Gefahren. GIN macht auf Geschichten wie diese aufmerksam, um auf die besonderen Herausforderungen hinzuweisen, mit denen Frauen konfrontiert sind, und finanzielle Mittel für ihre Unterstützung zu akquirieren.

Darüber hinaus befähigt GIN Frauen aktiv dazu, Führungsrollen beim Plastikmüll-Management in ihren Orten einzunehmen, wodurch sie zu Umweltschützerinnen und Vorbildern für Veränderungen werden.

In ähnlicher Weise hat GIN in Bangladesch und Nepal erfolgreich eine Reihe von Aufklärungsprogrammen zum Klimawandel für Frauen und Jugendliche in den Gemeinden des Bezirks Cox's Bazaar und im Dorf Kori/Sikles durchgeführt. Mithilfe dieser Initiativen wird das Bewusstsein für Vulnerabilität durch den Klimawandel geschärft und den Teilnehmerinnen Wissen und Instrumente an die Hand gegeben, die sie benötigen, um gegen den Klimawandel und die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern vorzugehen.

Wenn Frauen beginnen, selbstbestimmt zu handeln und aktiv an Entscheidungsprozessen teilzuhaben, können sie nicht nur ihre unmittelbare Umgebung formen, sondern auch auf globaler Ebene die Transformation vorantreiben und Veränderungen bewirken. Die Organisation Gross International Nature ist ein Beispiel dafür, wie lokale Lösungen eine große Wirkung zur Erreichung globaler Ziele haben können, und zeigt, dass es jede Anstrengung im Streben nach Geschlechtergleichheit und stärkerem Umweltschutz braucht. Von entscheidender Bedeutung ist dabei, dass auch die Staats- und Regierungschefs weltweit in ihrer Politik diese Ziele als wichtigste Grundlagen ihres Handelns sehen.



Tshering Lhamo

Die Autorin ist Absolventin des BSc Environmental Management aus Bhutan. Sie ist Mitbegründerin der Umweltjugendorganisation Gross International Nature (GIN) mit einem Team in Bhutan, Bangladesch und Nepal. Sie setzt sich dafür ein, die Vorreiterrolle von Frauen und Jugendlichen im Umweltbereich durch Lobbyarbeit, Forschung und nachhaltige Technologien zu fördern.

Aus dem Englischen von Judith Hermann

1 United Nations: Gender equality can't wait – we must achieve it now for current and future generations.

2 UNDP (2022): Human Development Report 2021/2022.



© Lena Ganssmann

WASSER IST DAS PROBLEM – UND DIE LÖSUNG

Warum wir den Luxus Leitungswasser in Deutschland genießen sollten

Der universelle Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitärer Versorgung ist der Schlüssel für die erfolgreiche Umsetzung zahlreicher Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs). Dazu zählen zentrale Bereiche wie Gesundheit, Klimaschutz, Bildung, Frieden, wirtschaftliche Entwicklung oder das Empowerment von Frauen. Nachhaltige Wasserpolitik muss im Zentrum nationaler und internationaler Bestrebungen stehen.

Das SDG 6 „Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen“ beinhaltet den sicheren und stabilen Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitärer Grundversorgung für alle Menschen, den die Vereinten Nationen (United Nations, UN) bereits 2010 als Menschenrecht anerkannt haben. Zusätzlich hat die UN von 2018 – 2028 eine Wasserdekade ausgerufen.

Erst durch den sicheren Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitärer Grundversorgung können viele SDGs erreicht werden. Die Bedingung für ein gesundes Leben (SDG 3) ist Wasser. Darüber hinaus kann integriertes Wassermanagement Konflikte entschärfen, zu Frieden führen (SDG 16) und den Hunger bekämpfen (SDG 2). Wenn es eine funktionierende Wasserversorgung gibt,

dann verbringen Millionen von Mädchen und Frauen nicht mehr mehrere Stunden pro Tag mit dem Wassertragen, sondern können zur Schule oder Arbeit gehen und eigene Selbstwirksamkeit erreichen (SDG 4 und 5). All diese Faktoren können wiederum die wirtschaftliche Entwicklung vor Ort verbessern (SDG 8). Das Zusammendenken der verschiedenen SDGs ist daher für den Erfolg der Agenda 2030 unerlässlich.

Kaum Verbesserungen seit 2015

Seit der Vereinbarung der SDGs 2015 hat sich der Anteil der Menschen, die Zugang zu sauberem Trinkwasser haben, nur marginal von 69 auf aktuell 73 % erhöht.¹ In absoluten Zahlen entspricht das einer leichten Reduzierung von 2,3 auf 2,2 Milliarden Menschen, die von einer sicheren Trinkwasserversorgung ausgeschlossen sind. Von diesen 2,2 Milliarden Menschen leben 700 Millionen ohne jegliches sauberes Wasser in der Nähe. Das Bild der verfügbaren sauberen Sanitäreinrichtungen ist noch dramatischer. So hat sich die Anzahl zwar von 3,8 Milliarden 2015 auf 3,5 Milliarden 2022 verbessert, aber immer noch hat die halbe Menschheit keinen Zugang zu sauberen Sanitäreinrichtungen. Durch den schlechten Zugang ist das Risiko für ansteckende Krankheiten erhöht und führt durch die Notdurftverrichtung im Freien zusätzlich zur Verschmutzung von Wasserressourcen.

In Deutschland und Europa zeigt sich ein positiveres Bild. Die allermeisten Menschen in der EU (98,5 %) haben Zugang zu sanitärer Grundversorgung mit fließendem Wasser und einer Toilette und sind größtenteils (81 %) an das Abwassernetz angeschlossen.² Allerdings gibt es auch in Deutschland und Europa Handlungsbedarf bei der Verschmutzung des Wassers durch Nitrat, Phosphat, (Mikro-) Plastik oder Umweltgifte. Heiße Sommer und eine Reihe von Winterdürren führen in mehr Regionen zu Wasserknappheit – nicht nur in Südeuropa. Neben natürlichen Faktoren, die zunehmend drastischer durch den voranschreitenden Klimawandel werden, führt die Übernutzung des Wassers für Tourismus, Landwirtschaft und Industrie zu Problemen. Ein einprägsames Beispiel waren die abgeschalteten Atomkraftwerke in Frankreich im Sommer 2022 aufgrund von fehlendem Kühlwasser. Deutschland hat sich 2023 mit der nationalen Wasserstrategie auf den Weg gemacht, das Management der Wasserressourcen und den Gewässerschutz zukunftsfähig aufzustellen.

Wechselwirkungen der multiplen Krisen

Die globalen Vorhaben zur Verbesserung der Situation werden erschwert durch starke Wechselwirkungen zwischen Wasser und den drei globalen Umweltkrisen: Klimawandel, Biodiversitätsverlust und Verschmutzung der Umwelt. Wasserressourcen sind besonders stark von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen. Durch stärkere Klimaschwan-

kungen gibt es häufiger extreme Wetterereignisse mit lang anhaltenden Dürren oder starken Überschwemmungen. Durch die Hitze verdampft mehr Wasser – und Wasserdampf ist der wichtigste Treiber des natürlichen Treibhauseffekts. Die Aspekte verstärken sich gegenseitig: Wenn einer Dürre viel Regen folgt, sind die Böden so ausgetrocknet, dass der Starkregen nicht eindringen kann und größtenteils oberflächlich abfließt. Um Grundwasserreservoirs wieder aufzufüllen, wäre jedoch ein wochenlanges gleichmäßiger Landregen nötig. Die Menschheit hat nicht nur das Klima aus der Bahn geworfen, sondern auch den Wasserkreislauf.

Die Dringlichkeit des Themas hat 2023 zur ersten Weltwasserkonferenz seit 50 Jahren geführt, auf der mehr als 700 freiwillige Verpflichtungen eingereicht wurden.³ Die eingereichten Verpflichtungen sind sehr unterschiedlich in ihrer Ausdehnung und ihrem Detailgrad. Deutschland hat beispielsweise die nationale Wasserstrategie als Beitrag gemeldet. Es bleibt abzuwarten, ob die Selbstverpflichtungen ausreichen, um den Zugang zu Wasser, den das SDG 6 formuliert, tatsächlich massiv zu beschleunigen.

Luxus Leitungswasser wertschätzen

Trotz der sehr guten Trinkwasserqualität in Deutschland genießen wir kaum den Luxus von Leitungswasser und es fehlt an Wertschätzung für die funktionierende Wasserversorgung. Statt Leitungswasser zu konsumieren, wird viel Aufwand betrieben, um Wasser in Verpackungen abzufüllen und zu verkaufen. Dabei sollten wir laut der EU-Trinkwasserrichtlinie den Konsum von Leitungswasser fördern und den Zugang über Trinkbrunnen im öffentlichen Raum verbessern. Das hätte auch viele positive Auswirkungen auf andere SDGs. Das Trinken von Leitungswasser spart Geld und CO₂ gegenüber dem Konsum gekaufter Getränke, was wiederum gegen Armut und den Klimawandel hilft. Zudem ist es gesünder als viele zuckerhaltige oder alkoholische Getränke. Durch die Verfügbarkeit von Trinkwasser im öffentlichen Raum wird die Aufenthaltsqualität in Städten verbessert und ein Beitrag zur Vorbeugung von Hitzeschäden geleistet. Leitungswasser ist ein regionales Produkt, immer saisonal, verpackungsfrei, günstig, emissionsarm und gesund. Nachhaltiger geht Konsum eigentlich nicht – ein wahrer Luxus, den wir mehr schätzen sollten.



Samuel Höller

Der Autor ist Gründer und Geschäftsführer von a tip: tap e.V.

1 United Nations (2023): The Sustainable Development Goals Report 2023 – Special Edition.

2 United Nations (2023): Water Action Agenda.

3 Eurostat (2023): Sustainable development in the European Union.



ZUGANG ZU BEZAHLBARER, VERLÄSSLICHER, NACHHALTIGER UND MODERNER ENERGIE FÜR ALLE

Die Ziele stimmen, die Umsetzung muss beschleunigt werden

Die verlässliche Versorgung mit Energie ist für uns in Deutschland in der Regel selbstverständlich. Selbst im ersten Winter nach dem russischen Angriff auf die Ukraine und der damit verbundenen Energiekrise, war die Energieversorgung jederzeit gewährleistet und durch finanzielle Unterstützung auch für die meisten weiterhin bezahlbar. Um auch in einem immer stärker auf erneuerbaren Energien basierenden Energiesystem (Unterziel 7.2) eine bezahlbare und verlässliche Energieversorgung zu garantieren, hat Deutschland in vielen Bereichen positive Entwicklungen vorangetrieben. Dennoch besteht weiterhin Nachholbedarf, der je nach Sektor unterschiedlich groß ist.

Die ersten Jahre nach Verabschiedung der nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) waren in Deutschland geprägt von einem Fokus auf fossile Energieträger. Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist in den letzten Jahren nur leicht angestiegen (vgl. Abb. 1), ihr Anteil am Strommix lag im ersten Halbjahr 2023 bei 57,7 %.¹ Um die Klimaziele zu erreichen, wird der Bedarf an erneuerbarer Energie in Deutschland zukünftig aber deutlich steigen, weil insbesondere die Sektoren Verkehr und Gebäude einiges nachzuholen haben. Hier lag der Anteil an erneuerbaren Energien 2022 bei 17,4 % (Gebäude) bzw. 6,8 % (Verkehr).² Dafür muss zum einen die erneuerbare Stromerzeugung ausgebaut werden, zum anderen fehlt es aber auch an entsprechend aus- und umgebauter Energieinfrastruktur, um die Versorgung sicherzustellen. Beides wurde in Deutschland in den letzten Jahren stark verzögert und nicht mit dem nötigen Engagement vorangetrieben.

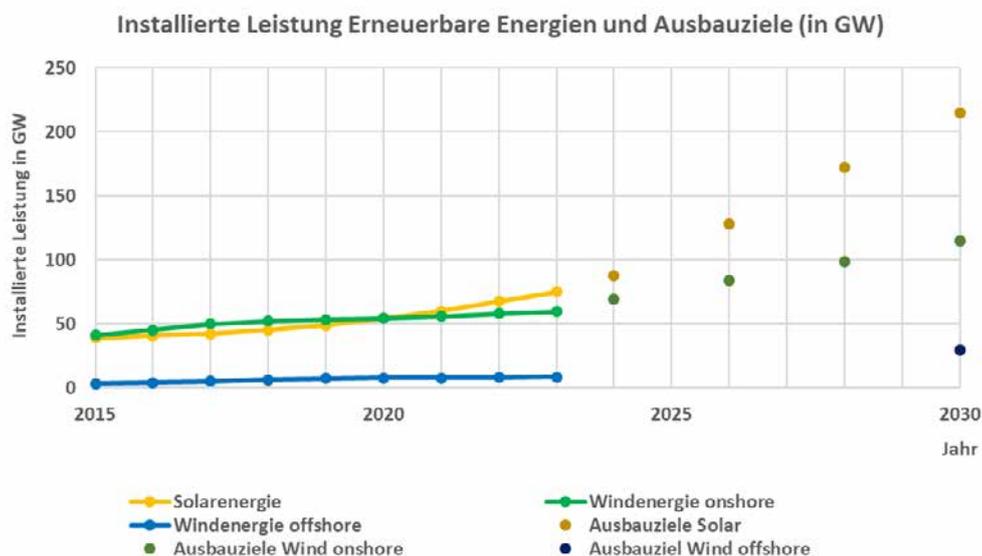
Erst mit dem Erstarken der Klimabewegung 2019 und vor allem seit Beginn des Kriegs in der Ukraine scheint ein deutlich größeres gesellschaftliches und damit auch politisches Bewusstsein für einen notwendigen Wandel in der Energieversorgung entstanden zu sein.

Als wichtige politische Handlung hat sich daraus eine Anhebung der Ausbauziele für erneuerbare Energien ergeben (vgl. Abb. 1), die mit dem 1,5-Grad-Ziel kompatibel ist.³ Bis 2030 hat sich die Bundesregierung zudem das Ziel gesetzt, den Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch auf mindestens 80 % zu steigern.⁴ Damit liegt der Stromsektor auf dem richtigen Pfad, das Unterziel 7.2 zu erreichen.

Den Ausbau weiter beschleunigen

Seit ihrem Regierungsantritt hat die Ampel-Koalition viele Gesetzesinitiativen auf den Weg gebracht, um den dringenden benötigten Ausbau der Erneuerbaren zu beschleunigen. Dazu zählen z.B. das Wind-an-Land-Gesetz, das die Bundesländer verpflichtet, bis Ende 2032 mindestens 2 %⁵ der Landesfläche für den Ausbau der Windenergie zur Verfügung zu stellen. Die Gesetze und ihre Umsetzung sind jedoch an vielen Stellen noch nicht ausreichend.

Zudem gibt es Probleme, die heute angegangen werden müssen, auch wenn sie erst mittelfristig greifen werden, wie etwa der Fachkräftemangel. Andere Maßnahmen wiederum können zeitnah Wirkung entfalten, bleiben von der Bundesregierung aber ungenutzt. So ist der im Ko-



In Deutschland installierte Leistung Solarenergie, Windenergie onshore und offshore bis September 2023 sowie Ausbauziele bis 2030.⁶ © Frida Mühlhoff

alitionsvertrag festgehaltene Standard, öffentliche Neubauten und in der Regel auch private Neubauten mit Solaranlagen auszustatten (Solarstandard), bislang nicht gesetzlich verankert. Gemeinsam mit anderen Umweltverbänden fordert Germanwatch die Einsetzung eines umfassenden Solarstandards für alle geeigneten Dächer.⁷

Neben technischen und bürokratischen Hürden muss der Aus- und Umbau des Energiesystems auch gesellschaftliche Akzeptanz für die kommenden Veränderungen sicherstellen. Eine Möglichkeit dafür ist, Bürger:innen mehr Teilhabe an der Energiewende zu ermöglichen, z.B. durch das sogenannte Energy Sharing (die gemeinschaftliche Erzeugung und Nutzung von Strom). Diese europarechtliche Vorgabe wurde in Deutschland jedoch bislang nicht umgesetzt.

Energiearmut in Deutschland?

Bereits vor der Energiepreiskrise im vergangenen Winter hatte Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern einen hohen und steigenden Strompreis. Energiekosten werden von allen Personen der Gesellschaft getragen. Haushalte mit niedrigen und geringen Einkommen sind von diesen Kosten jedoch proportional deutlich stärker betroffen, weil ein erheblich größerer Anteil ihres Einkommens für Energiekosten aufgebraucht wird. Gerade auch für Menschen der unteren Mittelschicht, die keine staatliche Unterstützung durch die Grundsicherung erhalten, ist dies ein großes Problem. Diese Gefahr der Energiearmut für einen Teil der Bevölkerung darf von der Bundesregierung und der Gesellschaft in den Debatten rund um die Energiepreise und auch bei der Diskussion um einen möglichen, gedeckelten Industriestrompreis nicht vergessen werden.

Einen besonders dringenden Handlungsbedarf gibt es im Gebäudebereich, denn hier hat Deutschland die eigenen Klimaziele wiederholt gerissen. Das bedeutet, verstärkt und schnell Erneuerbare Energien-Lösungen für die Gebäudewärme zu finden, was Teile der Gesellschaft ohne entsprechen-

de Unterstützung finanziell jedoch zu überfordern droht. Hier muss die Politik passgenaue Lösungen entwickeln, um soziale und ökologische Ziele zusammen zu bringen.

Viele wichtige Hebel für die Erreichung des SDG 7 sind in Deutschland bereits festgeschrieben und an vielen Stellen in Politik und Gesellschaft herrscht eine Aufbruchsstimmung. Dies kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Anstrengungen noch deutlich verstärkt werden müssen, um eine nachhaltige und bezahlbare Energieversorgung in Deutschland zu gewährleisten.

 **Kirsten Kleis und Tessa-Sophie Schrader**

Kirsten Kleis war bis Ende September 23 Referentin für Stromnetze und Erneuerbare Energien bei der Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch. Tessa-Sophie Schrader ist Referentin für Energiewendeforschung bei der Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch. Ein besonderer Dank gilt Frida Mühlhoff, die für das Recherchieren der Daten und Erstellen der Grafik zuständig war.

- 1 Stromreport (2023): Strommix Deutschland: Aktuelle Stromerzeugung 2023.
- 2 BMWK (2022): Aktuelle Informationen: Erneuerbare Energien im Jahr 2022.
- 3 Germanwatch (2021): Erneuerbare Energien im Koalitionsvertrag – Ausbauziele jetzt konkret und nachhaltig umsetzen.
- 4 BMJ (2023): Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG 2023).
- 5 Die Bundesregierung (2023): „Wind-an-Land-Gesetz“.
- 6 Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme (2023): Installierte Netto-Leistung zur Stromerzeugung in Deutschland in 2023. Außerdem §4 EEG 2023 und §1 WindSeeG.
- 7 Germanwatch (2022): Solaranlagen: Chance für Naturschutz, Erfordernis für Klimaschutz.



Tim Mossholder/Unsplash

MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT IN EINER GLOBALISIERTEN WELT

Eine erschreckende Halbzeitbilanz mit Hoffnungsschimmern

Ziel acht der Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung sieht unter anderem vor, menschenwürdige Arbeit für alle zu fördern sowie Kinder- und Zwangsarbeit abzuschaffen. Ist das geschafft? Nein, wie der Blick auf ein paar Zahlen und Fakten zeigt. Doch Maßnahmen, wie das deutsche Lieferkettensorgfaltsgesetz lassen auf Besserung hoffen.

Laut Fortschrittsbericht der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) aus dem Jahr 2023 lebten im Jahr 2022 214 Millionen Beschäftigte trotz Arbeit in extremer Armut. 28 Millionen Menschen verrichteten im Jahr 2021 Zwangsarbeit. Und zwei Milliarden Beschäftigte sind informell tätig und daher meist nicht sozialversichert. Und das in einer globalisierten Welt, von der sich viele Menschen einen Ausweg aus der Armut erhofften. Besonders betroffen sind Frauen. Hoffnung bieten eine Reihe neuer Regelungsvorschläge auf internationaler, regionaler und nationaler Ebene wie das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz.

Die Globalisierung hat Millionen von Frauen in Ländern des Globalen Südens Arbeit verschafft. Heutzutage stammen beispielsweise die Waren in deutschen Supermärkten und Bekleidungshäusern aus Fabriken und Farmen auf der ganzen Welt. Die Mehrheit der Beschäftigten am Anfang globaler Lieferketten – bei der Ernte und Verpackung von Obst, beim Nähen von Bekleidung, beim Schneiden von Blumen – sind Frauen. Ihre Arbeit nährt das kostbare nationale Exportwachstum. Und ihre Jobs könnten für sie Einkommen, Sicherheit und Hilfe bedeuten, um sich und ihre Familien aus der Armut zu befreien. Stattdessen werden die Arbeiterinnen syste-

matisch um ihren gerechten Anteil an den Früchten der Globalisierung betrogen.

Prekäre Arbeitsbedingungen in globalen Lieferketten

Zahlreiche Medienberichte und Fallstudien der Zivilgesellschaft belegen die strukturell bedingte Ausbeutung in globalen und nationalen Lieferketten deutscher Unternehmen, sei es im Bergbau, im Lebensmittel-, Fischerei- oder Bekleidungssektor: Zwangs- und Kinderarbeit, Gesundheitsschäden durch mangelnden Arbeitsschutz, u.a. beim Einsatz von hochgiftigen Pestiziden und überlange Arbeitszeiten, Diskriminierung von Frauen einschließlich sexualisierter Gewalt, Hungerlöhne und systematisch unterdrückte Gewerkschaftsrechte sind in Produktionsländern an der Tagesordnung und verhindern, dass sich Betroffene aus ihrer prekären Lage befreien können.¹ Auch in „Europas Gemüsegarten“ in Spanien, wo Migrant:innen aus Afrika für frische Früchte für EU-Bürger:innen das ganze Jahr hindurch sorgen, oder in Deutschland, wo Osteuropäer:innen den bei Verbraucher:innen beliebten Spargel und Erdbeeren ernten, ist die Lage ähnlich problematisch.²

Die Verantwortung deutscher Unternehmen

Deutsche Supermarktketten und transnational agierende Bekleidungsunternehmen wären in der Lage, das zu ändern. In Deutschland teilen sich die vier großen Lebensmitteleinzelhändler – die Aldi-Händler Nord und Süd, die Edeka-Gruppe mit dem Nettomarkendiscount, die Schwarzgruppe mit Kaufland und Lidl sowie die Rewe-Gruppe mit Rewe und Penny – 85 % des deutschen Marktes auf, das heißt, kein Hersteller kommt an ihnen vorbei, wenn er seine Ware an die Kundinnen und Kunden bringen will. Mit anderen Worten, diese Einzelhändler können Herstellern aus der ganzen Welt ihre Preise und Vertragsbedingungen aufdrücken und dabei auf Kosten von Arbeiter:innen und Kleinbäuer:innen Milliardengewinne machen. Anstatt flächendeckend für bessere Einkommen und Preise zu sorgen, sorgen sie für immer größere Gewinne für sich selbst zum Leidwesen der Arbeiter:innen und Kleinbäuer:innen, die um ihre Existenz bangen. Oxfams Supermarktcheck hat aufgezeigt, dass deutsche Supermarktketten Verantwortung übernehmen können, wenn sie wollen.³ Die beiden Aldis und Lidl haben sich zum Beispiel auf den Weg gemacht und schauen sich jetzt systematisch ihre Risikoprodukte und -lieferketten an, um anschließend die Verbesserung der Arbeitsbedingungen anzugehen.

Neue Gesetze als Lösung?

Nicht nur bei Unternehmen tut sich was. Nicht zuletzt durch die enorme gemeinsame Kraftanstrengung der Zivilgesellschaft gilt seit Anfang dieses Jahres in Deutschland das sogenannte Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, nach dem Unternehmen

Maßnahmen ergreifen müssen, um Arbeits- und Menschenrechtsverletzungen in ihren Produktionsschritten zu verhindern und Abhilfe zu schaffen. Bei Verstößen drohen Unternehmen Bußgelder bis zu 2 % des Umsatzes, immerhin. Die Zivilgesellschaft und Arbeiter:innen aus dem Globalen Süden setzen viel Hoffnung in das Gesetz. Der ehemalige DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann bezeichnete die Verabschiedung als „gute[n] Tag für Menschenrechte“.⁴ Laut der Initiative Lieferkettengesetz ist das Gesetz ein „Paradigmenwechsel“.⁵ Die Zivilgesellschaft nutzt das neue Regelwerk bereits und reichte erste Beschwerden über Arbeitsrechtsverletzungen in Bangladesch und China gegen Ikea und VW ein. Auch wenn Bußgelder für Unternehmen Arbeiter:innen vor Ort nicht sofort helfen können, ist das Gesetz ein weiterer Schritt auf dem Weg hin zu einer regelbasierten Weltwirtschaft, die Menschenrechte achtet. Zukünftig brauchen Betroffene jedoch ein Gesetz, nach dem sie Unternehmen in EU-Ländern auf Schadensersatz verklagen können.

Und das ist in Sicht. Die EU-Kommission hat einen Richtlinienentwurf über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen vorgelegt, der auch eine zivilrechtliche Klagemöglichkeit vorsieht. Der Widerstand ist jedoch groß. Die Wirtschaftsverbände warnen mantrahaft vor zu viel Bürokratie und Bundesjustizminister Marco Buschmann hat bis vor Kurzem die deutsche Positionierung im Rahmen der anstehenden Trilog-Verhandlungen über eine neue EU-Richtlinie hinausgezögert. Daher sind jetzt alle Befürworter:innen des Gesetzes und politischen Akteure gefordert, dafür zu sorgen, dass die Richtlinie rechtzeitig vor der Europawahl verabschiedet wird.



Dr. Franziska Humbert

Dr. Franziska Humbert leitet das Team Gerechtes Wirtschaften bei Oxfam Deutschland.

- 1 Oxfam Deutschland (2016): Süße Früchte, Bittere Wahrheit; Oxfam Deutschland (2022): Grenzenlose Ausbeutung; Misereor (2021): Zwei Jahre Nach Brumadinho: Die Bergbau-Verbrechen gehen weiter; Human Rights Watch (2018): Hidden Chains.
- 2 Oxfam Deutschland (2023): Das ist nicht Europa.
- 3 Oxfam Deutschland (2022): Oxfams Supermarkt-Check 2022.
- 4 Deutscher Gewerkschaftsbund (2021): Pressemitteilung 006: Lieferkettengesetz: „Guter Tag für Menschenrechte“.
- 5 Initiative Lieferkettengesetz (2021): Was das neue Lieferkettengesetz liefert – und was nicht.



DIE KLUFT AUF DEM WEG ZU KOHLENSTOFFARMEN TECHNOLOGIEN ÜBERWINDEN

Grüne Industrialisierung und die Rolle von Technologietransfers

Zugang zu Technologien für erneuerbare Energien ist eine Möglichkeit für Länder, wirtschaftliche Entwicklung durch Produktion und Innovation zu fördern und gleichzeitig nachhaltige Energie zu erhalten. Der fehlende Zugang zu diesen Technologien macht den Weg der grünen Industrialisierung für kleinere Länder jedoch schwierig. Damit die am wenigsten entwickelten Länder (Least Developed Countries, LDCs) durch die Umstellung auf saubere Energie von einer verstärkten Industrialisierung profitieren können, sind politische Maßnahmen sowie internationale Zusammenarbeit und Unterstützung erforderlich.

Der Zweck des 9. Ziels für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal, SDG) ist, eine widerstandsfähige Infrastruktur aufzubauen, breitenwirksame und nachhaltige Industrialisierung zu fördern und Innovationen zu unterstützen. Bei einigen der Unterziele des SDG 9 sind erhebliche Verbesserungen zu verzeichnen, allerdings variiert der Fortschritt stark zwischen den Ländern. Die am wenigsten entwickelten Länder und die afrikanischen Länder südlich der Sahara sind in der globalen Industrie nach wie vor unterrepräsentiert und haben im Vergleich zu Europa, Nordamerika und Asien einen geringeren Anteil an der Produktion von Hoch- und Spitzentechnologien. Diese Ungleichheiten wiederholen sich derzeit bei der Entwicklung und Herstellung von Technologien, die für die Energiewende benötigt werden. Windturbinen, Solarmodule, Batterien und Technologien zur Koordinierung von Energieerzeugung, -speicherung und -verbrauch werden größtenteils in Ländern mit vorhandenem Know-how wie Deutschland, den Vereinigten Staaten und China entwickelt und hergestellt.

Hoffnung auf eine grüne Industrialisierung?

Viele Entwicklungsländer haben ihr Interesse an einem Aufstieg in den globalen Wertschöpfungsketten für diese Technologien bekundet, d. h. an einem Wechsel von der Installation zu höherwertigen Segmenten wie Fertigung sowie Forschung und Entwicklung. Ein solcher Aufstieg wäre eine

Chance für die lokale Industrialisierung und Innovation. Die Weitergabe von Wissen würde es den Ländern ermöglichen, Technologien anzupassen, zu integrieren oder zu verbessern (Technologietransfer).



Unsplash

China gilt als Erfolgsgeschichte, weil es Technologien herstellt, die auf der ganzen Welt eingesetzt werden. Bis Mitte der 2000er-Jahre wurden die meisten Technologien für erneuerbare Energien in Nordamerika und Europa hergestellt, aber China wurde in den vergangenen Jahren immer wichtiger für die massenhafte Herstellung von Solarpaneelen, wodurch die Preise sanken und Solarpaneele auf der ganzen Welt eingesetzt werden konnten. Ein wichtiger Teil von Chinas „grüner Industriestrategie“ besteht darin, die nationalen Fertigungskapazitäten zu steigern, um technologisches Know-how zu gewinnen. So verlangt Chinas „Negativliste“ für strategisch wichtige Technologien (zu denen Solar- und Windkraftanlagen sowie Elektrofahrzeuge gehören) von ausländischen Firmen, dass sie rechtliche Beziehungen mit Unternehmen vor Ort eingehen und Technologien an lokale Firmen weitergeben. Darüber hinaus haben Lokalisierungsanforderungen (sogenannte local content requirements) den Aufbau einer lokalen Industrie gefördert. Diese Lokalisierungsanforderungen verpflichten Unternehmen dazu, einen bestimmten Anteil des Endwerts einer Ware oder Dienstleistung von inländischen Unternehmen zu beziehen, entweder durch den Einkauf bei lokalen Unternehmen oder durch die Herstellung oder Entwicklung der Ware oder Dienstleistung vor Ort. Der internationale Technologietransfer in Kombination mit den hohen lokalen Kapazitäten des chinesischen „Innovationsökosystems“ hat es dem Land ermöglicht, bei vielen Technologien wie Batterien, Elektrofahrzeugen und Fotovoltaik führend zu werden.

Aufholbedarf bei kohlenstoffarmen Technologien

Anderen Ländern gelang es jedoch nicht, Chinas Erfolg bei der grünen Industrialisierung zu wiederholen. Dies ist teilweise auf die Kapazitäten zurückzuführen: China war in der Lage, auf seinen bestehenden Produktions- und Innovationsinfrastrukturen aufzubauen und öffentliche Mittel zur Unterstützung von Unternehmen und Forschung bereitzustellen. Darüber hinaus verfügt China über einen großen Binnenmarkt für saubere Energien, der den Unternehmen Anreize für einen Technologietransfer bietet. Andere Länder, die versucht haben, Fertigungskapazitäten im Bereich der Fotovoltaik mit Hilfe von Lokalisierungsanforderungen aufzubauen, hatten Mühe, den Erfolg Chinas zu wiederholen. Einige Wissenschaftler:innen argumentieren auch, dass solche Maßnahmen ohne bestehende industrielle Kapazitäten zur Herstellung von Technologien Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien teurer machen und Investitionshemmnisse erhöhen können.

Die ungleiche Verteilung von Herstellern sauberer Technologien (vor allem in den Industrieländern und in China) ist eine verpasste Chance für die Energiewende. Darüber hinaus kann sie sich als Hindernis für internationale Klimaschutzmaß-

nahmen erweisen, da viele Entwicklungsländer ihre Emissionsreduzierungen in den national festgelegten Beiträgen zum Pariser Abkommen von der Finanzierung und dem Technologietransfer aus den Industrieländern abhängig gemacht haben.

Initiativen zum Technologietransfer

Derzeit leistet die internationale Gemeinschaft keinen ausreichenden Technologietransfer und stellt keine ausreichenden Mittel für die grundlegenden Infrastrukturen für Energie und Verkehr bereit, die für die Industrialisierung erforderlich sind. Ein Flickenteppich von Initiativen zielt darauf ab, die Technologielücke durch den Austausch von Wissen zu schließen, aber sie konzentrieren sich oft eher auf die Entwicklung und den Zugang zu Energie als auf den Aufbau von lokalem Wissen und Know-how für den Technologietransfer, mit einigen Ausnahmen wie den Climate Innovation Centers, die kleine Unternehmen in Schwellenländern unterstützen.¹

Zur Förderung des Technologietransfers ist weitere internationale Unterstützung für Entwicklungsländer erforderlich. Dazu gehören auch Finanzmittel und Unterstützung für die am wenigsten entwickelten Länder und Entwicklungsländer mit kleineren Märkten, wo es geringe Anreize für private Investitionen gibt. Länder mit attraktiveren Märkten können darauf drängen, dass internationale Entwickler:innen ihre Fähigkeiten und ihr Know-how weitergeben, indem sie zum Beispiel verlangen, dass neue Projekte lokale Ausbildungszentren finanzieren. Darüber hinaus können einige Länder mit wichtigen Ressourcen für die Energiewende, zum Beispiel kritische Mineralien, attraktiv genug sein, um ebenfalls Lokalisierungsanforderungen stellen zu können, und damit ihre Industrialisierung fördern.

Grüne Industrialisierung und Innovation bieten neue Möglichkeiten für Länder, Hightech-Güter zu produzieren und die lokale Wertschöpfung zu steigern. Um sicherzustellen, dass diese Industrie nicht den bestehenden Mustern folgt, bei denen die LDCs und die Länder der Subsahara-Region unterrepräsentiert sind, müssen sich die internationale Gemeinschaft und die nationalen Regierungen bezüglich der Finanzierung und des Technologietransfers abstimmen.



Silvia Weko arbeitet seit 2019 als wissenschaftliche Mitarbeiterin für das Research Institute for Sustainability (RIFS) und ist Doktorandin an der Universität Erfurt.

Aus dem Englischen von Eileen Roth

1 Weiterführende Informationen: Weko, Silvia und Goldthau, Andreas (2022): Bridging the low-carbon technology gap? Assessing energy initiatives for the Global South, Energy Policy, Volume 169.



Folco Masi/Unsplash

UNGLEICHHEITEN SCHAFFEN UNGLEICHHEITEN

Die migrantische Perspektive auf das Ziel zehn

Normalerweise werden die SDGs aus einer privilegierten weißen Perspektive betrachtet. Dieser Text soll daher die migrantische Perspektive auf die Umsetzung des SDG 10 vermitteln.

Weniger Ungleichheiten, so heißt das Ziel zehn der SDGs. Mit anderen Worten: Allen Menschen auf dieser Erde soll es gleich gut gehen. Alle Menschen sollten gleiche Möglichkeiten bekommen, „unabhängig von Alter, Geschlecht, sexueller Orientierung, Behinderung, ethnischer Zugehörigkeit, Religion, Herkunft oder sozialem und wirtschaftlichem Status“.¹

Ein sehr ambitioniertes Ziel, denn laut Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) leben 71 % der Menschen in Ländern, in denen seit dem Jahr 1990 die Ungleichheit steigt, wo über 100 Millionen

Menschen auf der Flucht sind und jede fünfte Person diskriminiert wird.² Dieser Trend hat sich in den letzten Jahren noch verstärkt, u.a. durch die Pandemie, den Krieg in der Ukraine und die Energie- und Klimakrise. Das Ziel „weniger Ungleichheiten“ scheint unerreichbar zu sein. Viele der Unterziele klingen an manchen Stellen fast wie ein Schlag in die leeren Mägen der Menschen im Globalen Süden.

Sichere Migration – Refugees welcome?

Neben der Bekämpfung der Einkommensungleichheit sind im SDG 10 auch Unterziele für eine geregelte und sichere Migration festgeschrie-

ben. Angesichts der heutigen Situation mit den aktuell geplanten Maßnahmen an den EU-Grenzen passiert genau das Gegenteil.

Und nicht nur Menschen, die derzeit weltweit auf der Flucht sind, leiden unter der aktuellen Politik der Abschottung. Auch in Deutschland lebende Menschen mit Einwanderungsbiografie bleibt das Recht auf Selbstbestimmung verwehrt. Um dieses Recht zu verwirklichen, müsste gegen die vielen Formen von rassistischer Gewalt vorgegangen werden: gegen den Alltagsrassismus und die Angst, denen Geflüchtete, Migrant:innen und nicht weiße Personen, insbesondere Frauen, täglich ausgesetzt sind. Zum Beispiel zeigt die Studie „Lagebild Rassismus in Mecklenburg-Vorpommern“ deutlich, dass Angst für Menschen mit Migrationsgeschichte zum Alltag gehört und fast wie beiläufig in die Tagesplanung integriert wird. Tägliche Entscheidungen, z.B. zum Einkaufsort, zu täglichen Wegen oder der Nutzung von Verkehrsmitteln oder Spielplätzen werden in der Erwartung von Bedrohung oder Diskriminierung getroffen. Durch reproduzierte Rassismen, Beleidigungen und Bedrohungen wird so eine „Umgebung der Angst und Gefahr“³ erzeugt. Gegen Alltagsrassismus muss sich die gesamte Gesellschaft einsetzen. Wir benötigen noch mehr politische Bildung, schon im Kindergartenalter. Um mit dem Thema Diversität und Ankommen von Menschen mit Einwanderungsbiografie voranzukommen, werden Empowerment- und Antirassismus-Trainings benötigt.

Teilhabe ohne Ungleichheiten – Wahlrecht, Integrationsgesetze und Migrantenbeiräte

Eine mögliche Maßnahme gegen diese Problematik wäre die Einführung eines generellen kommunalen Ausländerwahlrechts ohne Einschränkungen. Viele Menschen, die seit Jahren in Deutschland leben, dürfen nicht wählen, denn „das Grundgesetz schließt die Teilnahme von Ausländer:innen an Wahlen sowohl auf der staatlichen als auch auf der kommunalen Ebene grundsätzlich aus“.⁴

Das muss geändert werden, denn auch das Wahlrecht für alle ermöglicht weniger Ungleichheiten in der Gesellschaft. Ein „Migrantenbeirat“ kann ohne Zweifel die demokratische Kultur stärken, aber er ersetzt nicht die politische Teilhabe der Menschen mit Einwanderungsbiografie. In den letzten Jahren haben viele Bundesländer neue Integrationsgesetze verabschiedet, oder bereiten diese vor, was eine positive Entwicklung ist. Die Wirkung der Gesetze bleibt aber noch zu evaluieren. Eine Studie des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration zeigt, dass die Bundesländer mit ihren jeweiligen Gesetzen die Bedeutung von Integrationspolitik hervorheben und den Rahmen dafür abstecken. Strukturen der Koordination und Mitwirkung in der Integrationspolitik können durch Integrationsgesetze auf Landesebene geschaffen oder gestärkt werden. Wie diese Gesetze letztlich wirken, hängt laut dieser Studie aber von der poli-

tischen Umsetzung der jeweiligen Gesetze ab. Die Gesetze allein könnten keine „sachgerechte Integrationspolitik“ oder „bessere Teilhabemöglichkeiten garantieren“.⁵

Dieser Artikel soll als Impuls dienen: Die migrantische Perspektive auf die Umsetzung der SDGs muss mitgedacht werden, weil inzwischen jede vierte Person in Deutschland eine Einwanderungsbiografie hat. Durch die konsequente Umsetzung eines generellen kommunalen Ausländerwahlrechts, die Bekämpfung des Rassismus und Rechtstextremismus und die Einführung von Integrations- und Teilhabegesetzen würden die Ungleichheiten in jedem Fall weniger spürbar werden.



Jana Michael

Die Autorin ist Integrationsbeauftragte der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern. Sie ist Trägerin des Bundesverdienstkreuzes am Bande für ihr Engagement in der Einwanderungsgesellschaft.

- 1 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2022): SDG 10: Weniger Ungleichheiten.
- 2 Ebd.
- 3 Lola für Demokratie in MV e.V. (2022): Rassismus-Erfahrungen - wo überall?
- 4 Forum Umwelt und Entwicklung (2021): Gesetze für Nachhaltigkeit. Vorschläge für die 20. Legislaturperiode des Bundestags.
- 5 Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR-Forschungsbereich) (2017): Papiertiger oder Meilensteine? Die Integrationsgesetze der Bundesländer im Vergleich.



John Matychuk/Unsplash

GESUND, VIELFÄLTIG, GRÜN

Kommunen brauchen für die multiplen Herausforderungen mehr Sensibilität, Ressourcen und angepasste Prozesse

Den Städten und Gemeinden, dem Lebensraum von 84 Millionen Menschen, kommt eine zentrale Rolle bei der Lösung multidimensionaler Problemlagen zu. Dort, „vor Ort“, soll sie stattfinden, die Transformation: angemessenen (und bezahlbaren) Wohnraum schaffen, allen Menschen Zugang zu nachhaltigen Verkehrssystemen und Grünflächen sichern, den Katastrophenschutz ausbauen, die von Städten ausgehende Umweltbelastung senken. Schon dieser Auszug aus den Zielsetzungen des SDG 11 lässt fragen: Wie soll das alles nur gehen?

Die 10.789 Städte und Gemeinden in Deutschland bewegen sich in einem permanenten Widerspruch: sie wollen am liebsten alles alleine entscheiden und regeln, aber leiden unter einem eklatanten Mangel an finanziellen und personellen Ressourcen. Nicht selten fehlt auch schlicht der politische Wille, die drängendsten Herausforderungen überhaupt anzugehen. Das Stichwort „Parkraumreduzierung“ dürfte als Hinweis dafür genügen.

Mangel an politischem Willen, an Geld und Personal sind das eine. Die Rahmenbedingungen das andere: Das hohe Gut der kommunalen Planungshoheit, verbunden mit unzulänglichen Eingriffs- und Ausgleichsregelungen und oft

großzügiger Genehmigungspraxis seitens der Aufsichtsbehörden erlaubt den Städten und Gemeinden weitreichenden Zugriff auch auf ökologisch sensible, klimarelevante oder landwirtschaftlich genutzte Flächen. So kommt der vom Umweltbundesamt bereits 2016 erstellte „Aktionsplan Flächensparen“ zu dem Schluss, dass das derzeitige Bau- und Planungsrecht nicht genüge, die angestrebten Ziele zur Eindämmung des Flächenverbrauchs zu erreichen. Erst auf Druck von Umweltverbänden und schließlich durch ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts wurde der „Flächenfraßparagraf“ 13 b im Baugesetzbuch für nichtig erklärt. Viele Kommunen, gerade in den reichen Bundesländern, hatten damit ohne

Umweltprüfung ungebremst vor allem Einfamilienhausgebiete auf der „grünen Wiese“ erschlossen und damit viel Platz für wenig Gutverdienende geschaffen. Oft zu Lasten von Biodiversität und wertvollen Agrarflächen. Angemessener Wohnraum?

Hinzu kommt die zunehmende Erkenntnis, dass die historisch gewachsenen kommunalen Verwaltungsstrukturen mit ihrem vorwiegend sektoralen Aufbau in einem gewissen Gegensatz zur erforderlichen Governance (nicht hierarchische Form der Steuerung) stehen, um all die Herkulesaufgaben bewältigen zu können.

Es wird zu wenig themenübergreifend geplant und gehandelt

Dazu ein Blick in die Praxis: Unter dem anhaltenden und sich verschärfenden Klimawandel sind bereits heute gesundheitliche Folgen in der Bevölkerung zu verzeichnen. So trägt etwa die hohe Versiegelung in verdichteten Stadtquartieren zu erheblichen Hitzebelastungen insbesondere von älteren Menschen und Kindern bei. Allein im Sommer 2022 waren in Deutschland 8.173 Hitzetote zu beklagen. Die Handlungsmöglichkeiten für ein gesundheits- und bewegungsförderliches Verhalten sind in den Kommunen schon allein räumlich vielfach eingeschränkt: Wo Häuser und Autos stehen oder Leitungen liegen, können keine Bäume wachsen. Hinzu kommt ein geringer Sensibilisierungsgrad relevanter Akteure und betroffener Zielgruppen, etwa bezogen auf die Notwendigkeiten des Hitzeschutzes.

Mit der Ottawa-Charta von 1986 legte die Weltgesundheitsorganisation einen Grundstein für wichtige Handlungsstrategien zur Gesundheitsförderung. Daraus begründet sich die Bedeutung von Prävention und Gesundheitsförderung in verschiedenen „Lebenswelten“, also etwa an Schulen oder in Stadtquartieren und allen Politikbereichen (health in all policies). Nun bestehen zwischen Stadtplanung, Stadtentwicklung, Umwelt- und Klimaschutz und Gesundheit naheliegende und vielfältige thematische Beziehungen, welche etwa im Baugesetzbuch auch an prominenter Stelle (§ 1, Abs.6) angesprochen werden. Allerdings drückt sich dieser Zusammenhang bisher wenig bis gar nicht in der kommunalen Planungspraxis aus – weder in Strategien zur Gesundheitsförderung noch in der umweltorientierten Stadtplanung, noch in integrierten Stadtentwicklungskonzepten, zögerlich in ersten Hitzeaktionsplänen weniger Großstädte. Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel – klassische Querschnittsthemen – gehören dabei noch nicht einmal zu den kommunalen Pflichtaufgaben, welche die Deutsche Umwelthilfe gemeinsam mit anderen Verbänden schon lange fordert.

Es geht besser: Was muss in Kommunen anders laufen?

Die notwendige themenintegrierte Vorgehensweise findet sich etwa in Amsterdam. Das Konzept „The

active city“ verfolgt das Ziel, körperliche Bewegung wieder zum natürlichen Bestandteil des täglichen Lebens zu machen. Der Mensch, seine Gesundheit und Wohlbefinden stehen im Mittelpunkt, die Stadt wird um ihn herum gebaut. Paris verfolgt mit der „15-Minuten-Stadt“ (la ville du quart d’heure) einen ähnlichen Ansatz: Stadtgestaltung, die es erlaubt, alles Wesentliche im Alltag zu Fuß oder per Rad erledigen zu können. Barcelona strebt mit seinen Superblocks an, 60 % der bisher für das Auto reservierten Flächen für Aufenthalt, klimafreundliche Mobilität und Grün frei zu machen. Ludwigsburg gestaltet tageweise ganze Plätze und Straßen unter dem Motto „Pop-up-Innenstadt“ zu Spiel- und Sportzonen mit Yoga-Sessions, mobilen Skateparks oder Basketballkörben um. Die „Sommerstraßen“ von Wien und München machen „die neue Stadt“ zumindest temporär erlebbar.

Zur Bewältigung der sich thematisch überlagernden Herausforderungen braucht es auf der Ebene der Kommunen mehr praxisorientierte Lernprozesse und Handlungsempfehlungen, die Akteure in relevanten Strukturen themen- und sektorenübergreifend zusammenbringen und fortbilden. Hier sind dezidiert auch die Landkreise gemeint, die für eine Qualifizierung des Stadt-Umland-Kontextes sorgen müssen. Dies erfordert, gerade mit Blick auf eine nachhaltige Entwicklung innovative und querschnittsorientierte Ansätze, verschiedene Planungsinstrumente, Institutionen und Stakeholder zu berücksichtigen und zu beteiligen. Kommunen brauchen dazu aber mehr Sensibilität, mehr Kompetenzen und Handlungsmöglichkeiten – an manchen Stellen auch restriktivere Vorgaben und zeitgemäße Regelwerke.

Für die tägliche Arbeit in den Kommunen bedeutet dies mehr integrierte Zusammenarbeit und Planung, der verschiedenen Bereiche in hierarchiefreien, projektbezogenen Steuerungsgruppen, die örtliche Bedarfslagen themenübergreifend – und an den Nachhaltigkeitszielen ausgerichtet – bearbeiten. Denn letztlich geht es schlicht darum, den begrenzten Raum im Sinne von Klimaschutz, Klimaresilienz, Biodiversität und Gesundheit neu zu bewerten und zu verteilen.

 Markus Zipf

Der Autor leitet den Bereich Kommunaler Umweltschutz bei der Deutschen Umwelthilfe e.V.



dokumol/Pixabay

MIT DER ROHSTOFFWENDE ZU NACHHALTIGKEIT IN PRODUKTION UND KONSUM

Die Indikatoren für die Zielerreichung des SDG 12 fallen bisher schlecht aus und Deutschland muss noch mehr ins Handeln kommen

Der Globale Norden nutzt mehr Ressourcen, als sein fairer Anteil ausmachen würde, und verfehlt dadurch bisher nicht nur das Sicherstellen von nachhaltigen Konsum- und Produktionsmustern, sondern auch eine global gerechte Ressourcenverteilung innerhalb der planetaren Grenzen. Die Kreislaufwirtschaft als Teil einer ressourceneffizienten, nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweise kann hierbei Abhilfe schaffen.

Das SDG 12 „Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen“ wird nach acht Jahren mit bleibenden Herausforderungen und der Tendenz zu moderater Verbesserung bewertet. Dieser Durchschnitt kommt zustande durch eine bisherige Zielerfüllung der Länder mit niedrigem und niedrigem bis mittlerem Einkommen in Kombination mit dem Verfehlen der Zielsetzung der Länder mit hohem Einkommen.¹ Hier wiederholt sich ein bekanntes Muster: Die Industrienationen des Globalen Nordens produzieren und konsumieren auf Kosten des Globalen Südens.

Der Material-Fußabdruck verdeutlicht das globale Ungleichgewicht

Grund für das unzureichende Ergebnis ist unter anderem der aktuelle hohe Ressourcenverbrauch. Der Vergleich der beiden Indikatoren Materialfußabdruck (Summe aller Ressourcen, die entlang der Wertschöpfungsketten aller Waren und

Dienstleistungen zum Einsatz kommen, die in einem Land in den Endkonsum fließen) und inländischer Materialnutzung (Menge an Rohmaterialien, die in einem Land direkt in der Produktion genutzt werden) ergibt ein Ungleichgewicht zulasten der Länder des Globalen Südens, die einen Großteil ihrer natürlichen Ressourcen für die Produktion der Güter anderer Länder zur Verfügung stellen, aber selbst nur wenig davon konsumieren.² Dies verdeutlicht einerseits, dass Deutschland seinen Materialfußabdruck auf andere Nationen auslagert und andererseits, dass das Unterziel (SDG 12.2) der nachhaltigen Bewirtschaftung und effizienten Nutzung der natürlichen Ressourcen weiterhin verfehlt wird.

Am Produktlebensende wiederholen sich die Rekordmengen

Am Produktlebensende zeichnen der Indikator Elektroschrott in Verbindung mit der Recyclingquote³ ein ähnliches Bild. Im Jahr 2019 wur-

den weltweit 53,6 Millionen Megatonnen (Mt) Elektroschrott generiert und laut Prognosen wird diese Ziffer im Jahr 2030 auf 74,7 Millionen Mt steigen. Die Erhöhung wird vornehmlich durch den Anstieg des Verbrauchs, der kurzen Nutzungsdauer und der geringen Möglichkeiten zu Reparaturen begründet.

Weltweit wurden 17,4 % dieses Elektroschrotts ordnungsgemäß gesammelt und recycelt,⁴ in Deutschland waren es zwischen 35 – 40 %. Eine große Menge landet auch hier im Restmüll oder wird illegal exportiert und bleibt somit undokumentiert.⁵ Die Materialien, die im Elektroschrott enthalten sind, bergen jedoch ein enormes Potenzial – vor allem wenn sie als Sekundärrohstoffe in eine Kreislaufwirtschaft zurückgeführt werden. Um bis 2030 das Unterziel (SDG 12.5) der deutlichen Verringerung des Abfallaufkommens durch Vermeidung, Verminderung, Wiederverwertung und Wiederverwendung zu erreichen, ist ein Wechsel hin zu einer zirkulären Wirtschaft, in der die Ressourcen lediglich genutzt, anstatt verbraucht werden, unabdingbar.

Zahlreiche Handlungsmöglichkeiten für die Bundesregierung

Es ist deshalb zu begrüßen, dass die Bundesregierung eine Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie (NKWS) aufgesetzt hat. In der Ausgestaltung muss sie sektor-, material- und ressortübergreifend wirken und verbindliche Ziele und Maßnahmen beinhalten. Zudem müssen die Rohstoffe aus der Wiederverwertung gegenüber bergbaulich gewonnenen Rohstoffen bevorzugt werden, damit der absolute Primärrohstoffverbrauch gesenkt werden kann.

Bei den Rohstoffen, die wir auch in Zukunft benötigen, müssen Unternehmen in die Verantwortung gezogen werden, auf ökologische und soziale Standards in ihren Lieferketten zu achten. Mit der Einführung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) wurde diesbezüglich ein wichtiger Schritt gemacht. Die Ausweitung des Geltungsbereichs ab 2024 wird befürwortet, ebenso die mögliche Verschärfung der Sorgfaltspflicht entlang der Lieferketten durch die europäische Corporate Susta-

inability Due Diligence Directive (CSDDD). In der Umsetzung muss der Fokus vermehrt in die tiefere Lieferkette gehen, damit es unmöglich wird durch in Europa konsumierte Produkte indirekt Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung in anderen Ländern zu unterstützen.

Gleichzeitig ist es wichtig, die aktuell in Produkten gebundenen Ressourcen so lange wie möglich weiterzuverwenden. Die Verantwortung hierfür darf dabei nicht auf Bürger:innen abgewälzt werden, sondern vielmehr muss ihnen ein nachhaltiges Verhalten erleichtert werden. Dies könnte beispielsweise über einen bundesweiten Reparaturbonus geschehen, der als ein Element auf dem Weg zum Recht auf Reparatur zur Ressourcenschonung beitragen könnte.

Ressourceneffizienz und -suffizienz, Kreislaufwirtschaft und nachhaltige Lieferketten sind einige der Bausteine, mit denen das SDG 12 in der verbleibenden Halbzeit noch erreicht werden könnte und mit denen eine global gerechte Ressourcenverteilung innerhalb der planetaren Grenzen zu schaffen wäre.

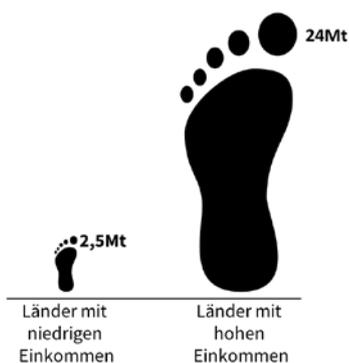


Anna Schönwald

Anna Schönwald ist als Referentin für Rohstoffpolitik, Wirtschaft und Menschenrechte bei INKOTA tätig.

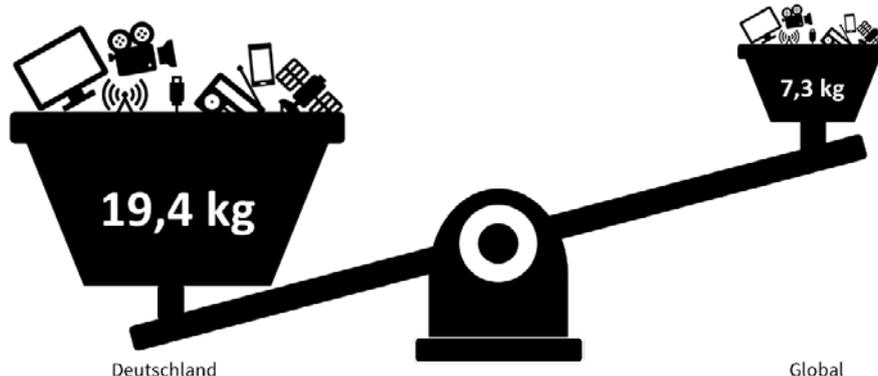
- 1 Sachs, J.D., Lafortune, G., Fuller, G., Drumm, E. (2023): Implementing the SDG Stimulus. Sustainable Development Report 2023. Dublin: Dublin University Press, S. 24–36.
- 2 United Nations (2023): The Sustainable Development Goals Report – Special Edition, S. 36.
- 3 Sachs, J.D., Lafortune, G., Fuller, G., Drumm, E. (2023), S. 250–251.
- 4 Forti V., Baldé C.P., Kuehr R., Bel G. (2020): The Global E-waste Monitor 2020: Quantities, flows and the circular economy potential, S. 13–31.
- 5 AK Rohstoffe (2020): 12 Argumente für eine Rohstoffwende, S. 20.
- 6 Eigene Darstellung in Anlehnung an United Nations (2023): The Sustainable Development Goals Report – Special Edition, S. 69.
- 7 Eigene Darstellung in Anlehnung an Forti et al (2020): The Global E-waste Monitor 2020: Quantities, flows and the circular economy potential, S. 108.

Material-Fußabdruck pro Kopf ⁶



© Anna Schönwald

Menge Elektroschrott pro Kopf im Jahr 2019 ⁷



© Anna Schönwald



Markus Spiske/Unsplash

ZWEITE HALBZEIT FÜR DEN KLIMASCHUTZ

Der Kampf gegen die Klimakrise als Chance für nachhaltige Entwicklung

Das 13. Nachhaltigkeitsziel der Agenda 2030 zum Klimaschutz hat mit dem Pariser Abkommen weltweite Verbindlichkeit erhalten. Um die Umsetzung steht es dennoch schlecht, die 1,5 Grad globaler Erhitzung drohen schon bald überschritten zu werden. Um die Kehrtwende zu schaffen, muss die Staatengemeinschaft ärmeren Ländern Partnerschaften und die nötige Finanzierung bieten, die Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung gemeinsam ermöglichen.

Das 13. der 17 nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) steht unter dem Titel „Maßnahmen zum Klimaschutz“. Das Ziel enthält eine Reihe von Handlungsaufträgen, wie Klimaschutz gelingen kann und muss: Treibhausgasemissionen reduzieren und Klimaschutz national umsetzen; sich an Klimaveränderungen anpassen; Gemeinschaften widerstandsfähiger machen und vor Schäden und Verlusten schützen; Klimafinanzierung bereitstellen und damit die besonders vulnerablen Länder und marginalisierte Gruppen unterstützen.

Seit dem Kyoto-Protokoll von 1997 hatte es fast zwei Jahrzehnte lang kein umfassendes Klimaabkommen mehr gegeben. Zuletzt war der Versuch bei der Klimakonferenz in Kopenhagen 2009 nach jahrelanger Vorbereitung krachend gescheitert. Doch knapp drei Monate nach Verabschiedung der SDGs im Dezember 2015 erreichte die Weltgemeinschaft einen Meilenstein: Sie einigte sich auf das Paris-Abkommen und damit auf die Verpflichtung, die globale Erhitzung gegenüber vorindustriellen Zeiten auf deutlich unter 2 Grad, besser 1,5 Grad zu begrenzen. Im Vergleich zu den SDGs ist das Paris-Abkommen ein rechtlich



bindendes Abkommen. Und die jährlichen Weltklimakonferenzen sind in ihrer Öffentlichkeitswirksamkeit mittlerweile über die SDGs hinausgewachsen. Klingt nach einer Erfolgsgeschichte. Doch wie sieht es mit der Umsetzung aus?

Die globale Bestandsaufnahme ist ein Weckruf

Zur Halbzeit der SDGs schätzen die Vereinten Nationen¹ den Fortschritt in der Erreichung von SDG 13 als völlig unzureichend ein. Kein einziger Aspekt des Ziels ist auf gutem Weg, erreicht zu werden. Schon jetzt, so der Weltklimarat IPCC, haben wir 1,1 Grad Erderhitzung erreicht.² Mit den aktuellen Klimaschutzplänen steuern wir auf 2,5 Grad Erderhitzung bis zum Ende des Jahrhunderts zu. Mit jedem Zehntelgrad rücken gefährliche Kippelemente näher und erhöhen das Risiko irreversibler Schäden im Klimasystem.

Besonders für arme und vulnerable Länder, die am wenigsten zur Klimakrise beigetragen haben, ist das fatal. Ihnen fehlt es an Geld, um sich an die Auswirkungen der Klimakrise anzupassen – auch weil Industrieländer ihr Versprechen nicht einhalten, jährlich 100 Milliarden US-Dollar an Klimafinanzierung zur Verfügung zu stellen. Mit Fortschreiten der Klimakrise verlieren immer mehr Menschen in vulnerablen Gebieten ihre Lebensgrundlage und ihre Chancen auf Entwicklung.

2023 ist nicht nur Halbzeit für die SDGs, sondern auch der Moment der globalen Bestandsaufnahme³ (Global Stocktake) des Paris-Abkommens. Die Bestandsaufnahme zeigt eine gewaltige Lücke zwischen den Pariser Klimazielen und dem aktuellen Klimaschutzpfad. Und sie zeigt: Die Regierungen müssen so schnell wie möglich aus Kohle, Öl und Gas aussteigen. Sie müssen Menschen befähigen, sich an die Auswirkungen der Klimakrise anzupassen und sich gegen Klimarisiken zu schützen. Und sie müssen diejenigen unterstützen, die durch Extremwetterereignisse alles verloren haben.

Paris und SDGs – zwei Seiten einer Medaille

Doch wie sollen gerade Länder im Globalen Süden diese Maßnahmen umsetzen, wenn sie gleichzeitig vor großen Herausforderungen stehen? Hier halten die SDGs eine wichtige Lektion bereit, denn sie zeigen, dass die verschiedenen Aspekte von Klimaschutz und nachhaltiger Entwicklung eng miteinander verknüpft sind. Klimaschutz, der nachhaltige Entwicklung ausbremst, ist nicht nachhaltig – ein Staudamm etwa, der Energie aus Wasserkraft produziert, aber Anrainer:innen die Nutzung der umliegenden Land- und Forstgebiete versperrt. Klimaschutz, der sich auch auf andere Entwicklungsziele positiv auswirkt, ist dagegen doppelt effektiv. Denn er nutzt positive Wechselwirkungen, die sogenannten Ko-Benefits. Ein Beispiel: Wer klimafreundliche Antriebsformen im Straßenverkehr gegenüber Verbrennern fördert, senkt nicht nur Emissionen. Er trägt auch zur Verbesserung der Luftqualität und da-

mit der öffentlichen Gesundheit bei. Wer nachhaltige Anbaumethoden in der Land- und Forstwirtschaft nutzt, kann sich an Klimaveränderungen anpassen und gleichzeitig Kohlenstoff speichern – ein Beitrag zur Emissionsminderung.

Ein Ansatz, der Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung zusammenbringt, sind die sogenannten Partnerschaften für eine gerechte Energiewende (Just Energy Transition Partnerships, JETPs). Bei diesen Partnerschaften unterstützen Länder des Globalen Nordens Länder des Globalen Südens dabei, fossile durch erneuerbare Energien zu ersetzen und dabei nachhaltige Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. So können diese Länder sowohl Klimaschutz- als auch Entwicklungsziele erreichen. Auch die Bundesregierung treibt die JETPs aktiv voran.

Doch in der zweiten Halbzeit der SDGs gehen Partnerschaften mit einzelnen Ländern nicht weit genug. Alle armen und vulnerablen Staaten im Globalen Süden brauchen mehr Spielraum für Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung. Noch immer müssen viele von ihnen ihre Steuergelder in Schulden tilgen, statt sie in Klimaanpassung, Bildung und Ernährung zu investieren. Hier muss Deutschland als einer der größten Anteilseigner der Weltbank wegweisende Initiativen unterstützen, etwa Entschuldungsprogramme oder die Bridgetown-Initiative⁴ des Inselstaats Barbados.

Lektionen für die Bundesregierung

Der Kampf gegen die Klimakrise und für die Erreichung des SDG 13 ist nicht vorbei. Wenn Mitglieder der deutschen Delegation sich auf den Weg zur nächsten Klimakonferenz machen, sind sie gut beraten, nicht nur das Paris-Abkommen, sondern auch die SDGs einzupacken. Denn Klimaschutz ist ohne nachhaltige Entwicklung nicht möglich – und andersherum auch nicht.

 Lisa Jörke

Lisa Jörke ist Referentin für europäische und internationale Klimapolitik bei der Klima-Allianz Deutschland.

- 1 United Nations (2023): The Sustainable Development Goals Report 2023: Special Edition.
- 2 Intergovernmental Panel on Climate Change IPCC (2023): Climate Change 2023 – Synthesis Report.
- 3 UNFCCC Secretariat (2023): Technical dialogue of the first global stocktake. Synthesis report by the co-facilitators on the technical dialogue.
- 4 World Economic Forum (2023): The Bridgetown Initiative: here's everything you need to know.



Cassiano Psomas/Unsplash

LEBEN UNTER, AUF UND AM WASSER

Das SDG 14 zwischen Blue Economy und Meeresschutz

Als die Agenda 2030 entworfen wurde, war es keineswegs von vornherein klar, dass sie ein Ziel beinhalten würde, das sich auf die Ozeane und Meere bezieht. Letztlich ist die Aufnahme des 14. Ziels für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal, SDG) „Leben unter Wasser“ wesentlich den kleinen Inselentwicklungsländern zu verdanken, unterstützt von einigen weiteren Staaten, darunter Deutschland, sowie Teilen der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft, wie der AG Meere des Forums Umwelt und Entwicklung. Bis heute beschränken sich jedoch viele politische Initiativen, obwohl wir auf einem offensichtlich blauen Planeten leben, paradoxerweise allein auf die eher trockenen 29 % Landmasse. Dies ergibt weder aus ökologischer noch aus einer globalen gesellschaftlichen Perspektive Sinn, entspricht nach wie vor aber viel zu oft der gängigen Praxis.

Nachdem das SDG 14 den Sprung in den Kreis der Agenda 2030-Ziele geschafft hatte, kam es zu einigen durchaus positiven Veränderungen im Hinblick auf dieses politische Ungleichgewicht zwischen Land und Meer, wenn es auch bis heute keinen wirklich

konsequenten Ausgleich des Missverhältnisses gegeben hat. Das SDG 14 erfüllt damit eine wichtige Funktion, es wirft zusätzliches Licht auf das Geschehen auf See und hilft so eine Lücke in den Diskursen auf globaler Ebene zu schließen. Als Ziel der Agenda 2030 fügt es sich in die Be-

mühungen ein, unter anderem seitens der Vereinten Nationen (United Nations, UN), die Meerespolitik als ein Element der internationalen Politik zu etablieren und ihr mehr Gewicht zu verleihen. Die beiden Ozeankonferenzen der Vereinten Nationen in New York und Lissabon, die explizit zur Bilanzierung des SDG 14 ausgerichtet wurden und damit ausdrücklich Agenda 2030-Konferenzen waren, sind zentrale Beispiele dafür.

Umwelt und Entwicklung zusammen denken

Die Agenda 2030 und mit ihr das SDG 14 konzentrieren sich im Kern auf das Verhältnis von Umwelt und Entwicklung. Gerade auf internationaler Ebene und im Kontext der UN hat das eine seit Langem überfällige interdisziplinäre Betrachtung globaler Probleme gestärkt. Mittlerweile wird in vielen maritimen Diskursen deutlich, wie eng Fragen des Umweltschutzes und der Ozeangerechtigkeit miteinander verknüpft sind. Dies zeigt sich nicht nur im SDG 14, sondern weltweit in vielen politischen Verhandlungsprozessen ebenso wie in meereswissenschaftlichen Forschungsprogrammen.

Es zeigt sich allerdings immer wieder, dass eine direkte Beteiligung entwicklungspolitischer Organisationen die Voraussetzung für eine solche interdisziplinäre Herangehensweise ist. In den deutschen Debatten wird vieles in der Meerespolitik auf eine Frage des Meeresschutzes reduziert und es ist bei Weitem noch keine Selbstverständlichkeit, die soziale, entwicklungspolitische Dimension von vornherein in Entscheidungsprozesse einzubinden. Es braucht mehr Orte, an denen Widersprüche, Perspektiven und Lösungswege im Spannungsfeld von Umwelt und Entwicklung gemeinsam bearbeitet werden können.

Flankiert wird die Einsicht in die Notwendigkeit, kohärentere, übergreifende Ansätze in der Meerespolitik zu wählen derzeit von zwei Phänomenen, die erst in den letzten Jahren voll zur Geltung gekommen sind. Zum einen werden die planetaren Grenzen tatsächlich unübersehbar und der Druck, effektive Antworten auf die sich zuspitzenden Krisen zu finden, steigt kontinuierlich. Die Verknappung von Ressourcen, sich verschärfende Konkurrenzen und die Vielzahl an Umweltdesastern rücken dabei die Ozeane und die Sektoren der Blue Economy ins Blickfeld. Zum anderen schaffen die geopolitischen Verschiebungen zu mehr Multipolarität neue Rahmenbedingungen. Die Länder des Globalen Südens erhalten dadurch neue Spielräume und ein stärkeres Selbstbewusstsein. Sie hoffen auf bessere Entwicklungschancen durch die Erschließung der Ozeane und angesichts von Klima- und Verschuldungskrise verbleiben ihnen kaum Alternativen.

Governance und die Dominanz des Ökonomischen

Nachdem die Ozeane und Meere lange Zeit vernachlässigt wurden, ergibt die Konzentration vieler internationaler Prozesse auf die Meeresgovernance und

die Formulierung allgemeingültiger Regeln Sinn. So ist es stimmig, dass das einzige bisher erfolgreich umgesetzte Unterziel des SDG 14, der Paragraph 14.c zur Verbesserung der Meeresgovernance im Rahmen des Seerechts ist. Die erfolgreiche Verabschiedung des Abkommens zum Schutz und für eine nachhaltige Nutzung der Meeresbiodiversität (Biodiversity Beyond National Jurisdiction, BBNJ) in diesem Jahr war unzweifelhaft ein Erfolg. Doch es krankt letzten Endes an der Kontrolle der schon bestehenden Regularien, es fehlen die Kapazitäten und oftmals der Wille zur Umsetzung von Maßnahmen gegen illegale Fischerei und Meeresverschmutzung. Eine deutliche Stärkung dezentraler, regionaler Konzepte erscheint angesichts dieser Mängel naheliegend. Auch die entwicklungspolitische Dimension der Meerespolitik muss konkret eingebunden werden. Die Kompetenzen lokaler und indigener Küstengemeinschaften gerade im Globalen Süden müssen ausgeweitet werden. Sie sind am abhängigsten von intakten Meeren, und lokal verwaltete Schutzgebiete mit einer hinreichenden finanziellen Unterstützung haben die besten Voraussetzungen flexibel, akzeptiert und effizient und dabei zudem sozial ausgewogen zu sein.

Die bisherigen Ergebnisse der Agenda 2030 sind vollkommen unzureichend. Das Gleiche trifft auch auf fast alle der Unterziele des SDG 14 zu. Der Allgemeinzustand der Ozeane verschlechtert sich ungebrochen. Die Belastungen weiten sich aus, intensivieren sich und nehmen an Zahl zu. Neue Technologien und Wirtschaftszweige beschleunigen die Industrialisierung der Küsten- und Meeresregionen. Den vom UN-Generalsekretär, angesichts des drohenden Scheiterns der Agenda 2030, geforderten „Rettungsplan für die Menschheit und den Planeten“ benötigen nicht zuletzt auch die Weltmeere und das SDG 14. Meeresschutzgebiete, eine Verschärfung der Kontrollen auf See oder eine Stärkung der Kompetenzen von lokalen Küstengemeinschaften sind nur dann wirksame Schritte zu mehr Nachhaltigkeit in der Meerespolitik, wenn die wirtschaftliche Erschließung letzten Endes nicht die Dynamik bestimmt und alles andere zu einer Legitimation für eine insgesamt ausgeweitete Nutzung der Ozeane und Meere werden lässt.



Kai Kaschinski

Kai Kaschinski ist Projektkoordinator von Fair Oceans sowie Mitbegründer und ein Koordinator der AG Meere beim Forum Umwelt und Entwicklung.



GLOBAL 2000, CC BY-NC-ND 2.0 DEED

WIR SÄGEN WEITER AN DEM AST, AUF DEM WIR SITZEN

Der Umsetzungsstand des SDG 15 weltweit und in und durch Deutschland

Das Ziel für nachhaltige Entwicklung 15 (Sustainable Development Goal, SDG 15) „Leben an Land“ zielt darauf ab, die Landökosysteme zu schützen, wiederherzustellen und ihre nachhaltige Nutzung zu fördern, Wälder nachhaltig zu bewirtschaften, Wüstenbildung zu bekämpfen, Bodendegradation zu beenden und umzukehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende zu setzen. Auf globaler Ebene steht es schlecht um das Erreichen des Ziels, in Deutschland ist die Bilanz gemischt.

Das Ziel gehört zusammen mit den SDGs 6 (Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtung), 13 (Maßnahmen zum Klimaschutz) und 14 (Leben unter Wasser) zu jenen Zielen, ohne die die Erreichung der anderen SDGs nicht möglich ist.

Im großen Ganzen entspricht das SDG 15 den Zielen der 1992 in Rio de Janeiro vereinbarten UN-Biodiversitätskonvention (Convention on Biological Diversity, CBD) und jenen des strategischen Plans für Biologische Vielfalt 2011-2020 bzw. dem im Dezember 2022 verabschiedeten Globalen Biodiversitätsrahmen von Kunming-Montréal (Kunming-Montréal Global Biodiversity Framework, KMGBF).

SDG 15 auf globaler Ebene

Wie der Globale Bericht des Weltbiodiversitätsrats¹ von 2019 und der Global Biodiversity Outlook 5² von 2020 zeigen, wurde keines der sogenannten Aichi-Ziele des strategischen Plans für Biologische Vielfalt 2011-2020 erreicht. Dementsprechend sind wir von der Erreichung des SDG 15 nach wie vor weit entfernt: Noch immer stehen weniger als die Hälfte der wichtigen Gebiete unter Schutz, und es kommen nur wenige

neue hinzu. Trotz verschiedener Gegenmaßnahmen steigt der Anteil bedrohter Arten weiter an – die Aussterberate liegt etwa 100 Mal so hoch wie vor der Ausbreitung des Menschen und nimmt weiter zu. In Asien, Lateinamerika und Afrika ist sie am höchsten. Nach Angaben des Weltbiodiversitätsrats sind eine Million Arten vom Aussterben bedroht.

Obwohl Ziel 15.2 einen Stopp der Entwaldung bis 2020 vorsah, schrumpfen die Wälder der Erde immer weiter, von 31,9 % im Jahr 2000 auf 31,2 % der globalen Landfläche im Jahr 2020 und somit um 100 Mio. Hektar.³

Zwischen 2015 und 2019 wurden außerdem jährlich über 100 Mio. Hektar fruchtbaren Landes degradiert, eine Fläche doppelt so groß wie Grönland, mit Auswirkungen auf 1,3 Mrd. Menschen. Wir entfernen uns damit weiter von dem SDG 15.3. Die meisten Länder haben inzwischen entsprechend dem SDG 15.9 nationale Zielvorgaben zur Einbindung von Biodiversität in nationale Prozesse verabschiedet. Jedoch sind nur 37 % auf Kurs, diese auch zu erreichen.

Die Entwicklungshilfe zugunsten der Biodiversität wurde zwischen 2020 und 2021 von 7.7 auf 9.8 Mrd. \$ erhöht. Dennoch ist es noch ein

weiter Weg, bis diese Mittel – wie im Dezember 2022 vereinbart – im Jahr 2030 die Summe von 30 Mrd. \$ erreichen. Und auch dies ist nur ein kleiner Beitrag im Vergleich zu den 100 Mrd. \$, die von den Entwicklungsländern gefordert wurden. Einen wichtigen Beitrag zur Finanzierung kann der im KMGBF beschlossene Abbau biodiversitätsschädigender Anreize leisten. Insgesamt gibt die globale Situation wenig Anlass zum Optimismus, trotz einzelner Fortschritte.

SDG 15 in und durch Deutschland

Die (Nicht-)Umsetzung der Agenda 2030 in und durch Deutschland hat Folgen sowohl für Deutschland als auch für andere Länder, aus denen bzw. in die Deutschland Waren importiert (sogenannter Spillover-Effekt). Der aktuelle Indikatorenbericht über die Umsetzung der nationalen Biodiversitätsstrategie⁴ gibt Aufschluss über den Stand der Biodiversitätsziele in Deutschland. Erfreulicherweise liegen gemäß SDG-Indikator 15.1.2 79 % aller für die Biodiversität wertvollen Flächen innerhalb von Schutzgebieten. Hierzu haben systematische Ansätze wie die gesetzlich geschützten Biotope und die Einrichtung des Natura 2000-Gebietsnetzes maßgeblich beigetragen.

Die Artenvielfalt liegt laut Indikatorenbericht bei 70 % des noch 1970/75 vorhandenen Wertes, wengleich in den letzten zehn Jahren keine weitere Verschlechterung zu verzeichnen ist. Im Jahr 2018 waren 25 % der durch die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie der EU geschützten Arten und 29 % der durch sie geschützten Lebensräume in einem guten Erhaltungszustand und die anderen 75 % bzw. 71 % in einem ungünstigen Zustand. Der Zustand ist seit 2012 unverändert. Dass trotz der guten Abdeckung der wertvollen Gebiete durch das Schutzgebietsnetz der Zustand von Arten und Lebensräumen so schlecht ist, liegt unter anderem an Umsetzungsdefiziten, fehlendem Management und an der Landnutzung außerhalb der Schutzgebiete.⁵

Der Anteil von Wald an der Gesamtfläche in Deutschland liegt seit 2008 bei 30 % mit nur geringen Fluktuationen. Sorge bereitet hingegen die durch Dürre und Waldsterben hervorgerufene Verschlechterung des Baumzustands. Deutschland übt vor allem international einen negativen Einfluss auf die Waldfläche aus durch den Import von Produkten wie Palmöl, Soja, Rindfleisch (Produkte), Holz, Kaffee und Kakao aus. Die EU ist für 16 % der Tropenwaldabholzung im Zusammenhang mit dem globalen Handel verantwortlich, wobei Deutschland den größten Anteil hat. Es bleibt zu hoffen, dass die im Mai beschlossene EU-Entwaldungsverordnung eine Veränderung bringt.

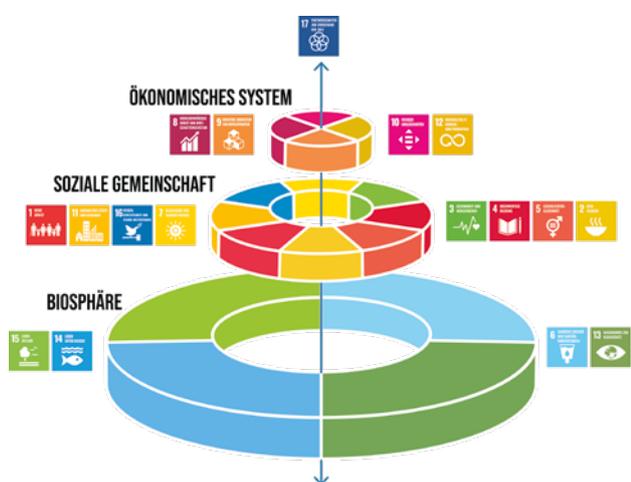
Bei der Finanzierung des internationalen Naturschutzes spielt Deutschland eine globale Vorreiterrolle. 2011-2015 gab Deutschland 527 Mio. € jährlich für den internationalen Biodiversitätsschutz aus, 750 Mio. € pro Jahr waren es in den Jahren 2017-2021, und ab 2025 soll dieser Betrag auf 1,5 Mrd. € verdoppelt werden. Gemessen an den Summen, die im KMGBF vereinbart wurden – 20 Mrd \$ bis 2025 und 30 Mrd \$ bis 2030 an internationalen Mitteln – braucht es dennoch weitere Mittel, auch aus anderen Industrieländern.

Wie geht es weiter?

Deutschland unternimmt einiges, um die Biodiversität national wie auch international zu schützen. Gleichzeitig setzen Wirtschaft, Landwirtschaft, Zersiedelung und unser Überkonsum die Natur immer weiter unter Druck. Künftig braucht es einen besseren Abgleich des Handelns verschiedener Sektoren, wie ihn die Agenda 2030 nahelegt und wie er auch von der Biodiversitätskonvention als „whole government approach“ beschlossen wurde. Die neue nationale Biodiversitätsstrategie, die derzeit vorbereitet wird, muss eine Strategie der gesamten Bundesregierung werden und jedes Ministerium alles zur Erreichung der Biodiversitätsziele beitragen, was in seinem Zuständigkeitsbereich liegt.

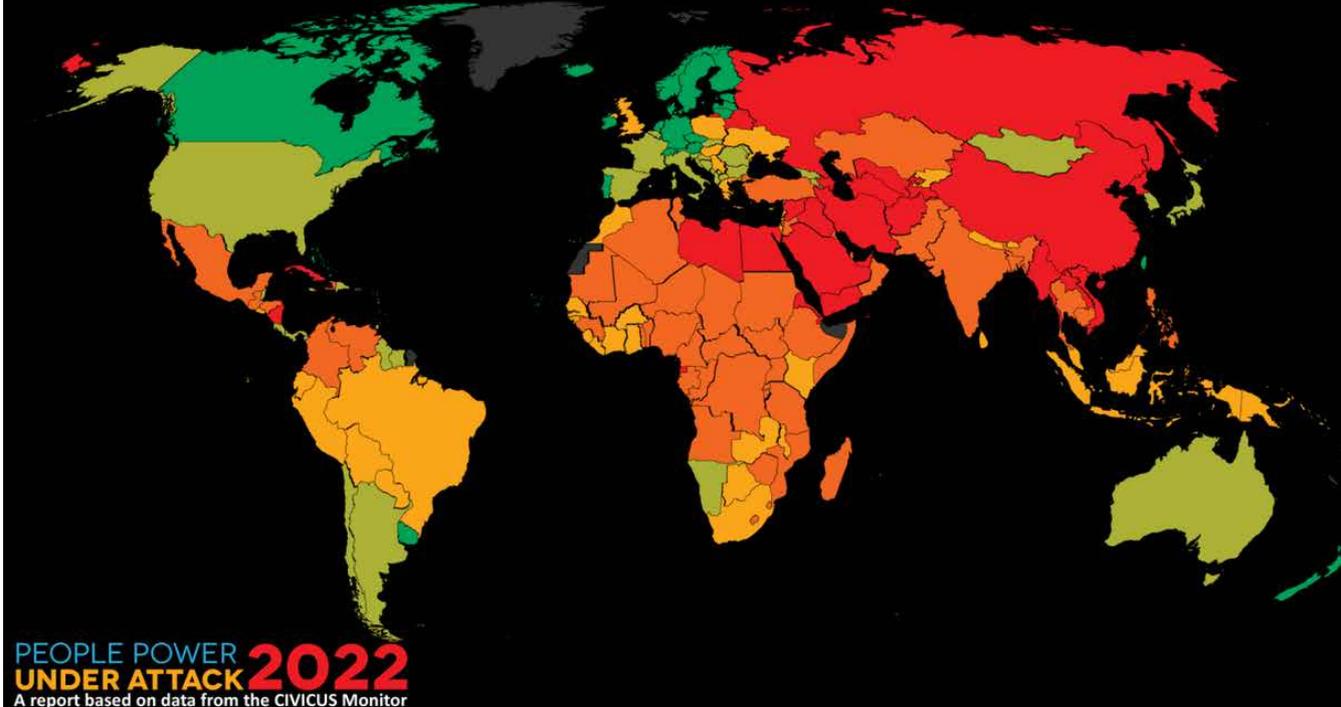
 Friedrich Wulf

Friedrich Wulf ist Biologe, arbeitet seit 2008 beim Schweizer Naturschutzverband Pro Natura zur internationalen und europäischen Naturschutzpolitik und koordiniert die AG Biodiversität im Forum Umwelt und Entwicklung.



Stockholm Resilience Centre CC BY-ND 3.0

- 1 IPBES: Globales IPBES-Assessment zu Biodiversität und Ökosystemleistungen.
- 2 Secretariat of the Convention on Biological Diversity (2020): Global Biodiversity Outlook 5.
- 3 United Nations: The Sustainable Development Goals Report 2022.
- 4 Deutscher Bundestag (2023): Indikatorenbericht zum Zustand der biologischen Vielfalt.
- 5 Siehe z.B. den «Krefeld-Bericht»: Hallmann C. et al. (2017): More than 75 percent decline over 27 years in total flying insect biomass in protected areas.



PEOPLE POWER
UNDER ATTACK 2022
A report based on data from the CIVICUS Monitor

Civicus, Global Findings – Civicus Monitor, CC BY-SA 4.0

DIE BÖCKE MÜSSEN NICHT DIE GÄRTNER SEIN

Demokratie wächst eher von unten

Viele SDGs sind grundsätzlich auch für autoritäre Machthaber akzeptabel. Das SDG 16 ist hingegen ein diplomatisch entschärfter Aufruf für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und stellt sich damit gegen den weltweiten Trend zu autoritärer und populistischer Herrschaft. Gibt es trotzdem Chancen für Demokratieförderung?

Richteten sich die Millennium Development Goals durch Auswahl und Eingrenzung der Ziele noch deutlich an die entwicklungspolitische Community, adressieren die Sustainable Development Goals globale Entscheidungsträger:innen für fundamentale politische Weichenstellungen. So auch beim SDG 16.

Angesprochen sind hier dieselben Akteure, die den UN-Generalsekretär wählen. Wie in einer Unschärferelation fällt dann auch dessen Halbzeitbilanz¹ zu SDG 16 zwar im Grundton sehr kritisch aus, wird aber umso verwaschener, je mehr sie sich den Hauptverantwortlichen nähert. Zum Unterziel 16.3 (Rechtsstaatlichkeit) werden subjektlose „Herausforderungen beim Justizzugang“ beobachtet; zu Nr. 16.7 („Dafür sorgen, dass die Entscheidungsfindung auf allen Ebenen bedarfsorientiert, inklusiv, partizipatorisch und repräsentativ ist“) fällt dem Bericht als einziges

Problem auf, dass Personen unter 45 Jahren in den Parlamenten unterrepräsentiert sind. Die begleitende statistische Auswertung der UN² zur Zielerreichung beim SDG 16 konzentriert sich auf Kriminalität außerhalb der staatlichen Institutionen.

Deutlicher ist die Analyse des Global Policy Forums: „Fest steht zur Halbzeit der Umsetzung von SDG 16 jedenfalls, dass kriegerische Konflikte und Militärausgaben zugenommen haben, autoritäre Regime auf dem Vormarsch sind und weiterhin schwache Institutionen, mangelnde demokratische Teilhabe und der begrenzte Zugang zu rechtstaatlichen Institutionen die Verwirklichung der Agenda 2030 in ihrer Gesamtheit gefährden.“³

Ziele für nachhaltige Entwicklung in der Zwickmühle

Das Dilemma der SDGs wird im Ziel 16 besonders deutlich: Ausgerechnet die Machtzentren,

die Umweltkatastrophen, Militarisierung und Autoritarismus maßgeblich verantworten, sollen sich für das Gegenteil engagieren. Auf der Weltkarte des CIVICUS-Monitors⁴ muss man offene Gesellschaften mit der Lupe suchen. Das SDG 16 muss also eher gegen die überwältigende Mehrheit der Regierungen durchgesetzt werden.

Derselbe Widerspruch taucht wieder auf, wo in Kooperation mit anderen Regierungen versucht wird, SDG-Ziele wie Nr. 16 durch Programmfinanzierungen zu realisieren. Exemplarisch sind hier die Politikfelder der Justiz- und Sicherheitssektorreform (JSSR) sowie die Wahlbeobachtung. Zur JSSR hat sich in den übergreifenden Konzepten langsam die Erkenntnis durchgesetzt, dass Ziele und Grundsätze wie Professionalisierung, Verantwortung vor Ort (Local Ownership), Sicherheit oder Terrorismusbekämpfung autoritäre Regime mit demokratischer Fassade eher stärken als reformieren. Ausrüstungshilfen und Ausbildung werden gern übernommen, institutionelle Reformen jedoch nicht oder nur auf dem Papier. Inzwischen enthalten daher alle einschlägigen Strategiepapiere⁵ Bekenntnisse zur Einbindung der Zivilgesellschaft und einen Paradigmenwechsel von der nationalstaatlichen Sicherheit zu einer Sicherheit, die den Menschen in den Fokus rückt.

Inwieweit sich dies in der Praxis niedergeschlagen hat, ist hingegen schwierig zu bewerten. Im Gegensatz zu den Webauftritten von Innen- und Verteidigungsministerium berichten das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) immerhin transparent über ihre Programme. Ziele und Arbeitsansätze der Polizei-Kooperationen passen gut zu den SDGs. Nur selten wird jedoch über die Wirkungen berichtet. Wenn doch, dann in der Möglichkeitsform („Potenziale neuer Regeln und Techniken“) und ohne erkennbaren Abgleich mit der Wahrnehmung der Bürger:innen über das tatsächliche Verhalten der Sicherheitskräfte.⁶

Ähnlich kontextabhängig wie JSSR-Programme sind auch die Finanzierung von Parlamentswahlen und Wahlbeobachtung. Die rein technische Ermöglichung von Abstimmungen ungeachtet ihrer gesellschaftlichen Voraussetzungen und die Beschränkung der Wahlbeobachtung auf Auffälligkeiten im engen zeitlichen Zusammenhang mit dem Wahlgang können auf eine aufwändige Legitimation undemokratischer Herrschaft hinauslaufen

Zivilgesellschaft muss in Demokratieförderungsprogramme einbezogen sein

Nun ist es Ministerien und nachgeordneten Organisationen demokratischer Staaten kaum anzulasten, dass sich ihre formellen Counterparts in Kreisen finden, wo Vorkämpfer:innen für Demokratie und Rechtsstaat eher selten anzutreffen sind. Es ist auch wichtig, Chancen für Veränderungen auf dieser Ebene zu nutzen. Botschaften und Auftragsverantwort-

liche müssen aber in der praktischen Begleitung von Programmen zur Demokratieförderung auf Kooperation mit geeigneten zivilgesellschaftlichen Akteuren hinwirken. Diese wiederum müssen ihnen dabei auch entgegenkommen. Die Partnerorganisationen des Weltfriedensdiensts haben gute Erfahrungen damit gemacht, gleichzeitig mit staatlichen bzw. kommunalen Akteuren und der örtlichen Zivilgesellschaft zu arbeiten, und dies ein Stück entfernt von den politischen Machtzentren, wo oft größeres Interesse an einvernehmlichen Lösungen vorherrscht. Beispiele aus verschiedenen Ländern umfassen

- » die Beratung kommunaler Dienste zur Rechenschaftslegung bei gleichzeitigem Empowerment der Bevölkerung, Transparenz einzufordern;
- » Workshops zur gemeinsamen Sicherheit unter Beteiligung von Polizei, Militär, Verwaltung und Zivilgesellschaft;
- » landesweites Forumtheater mit Bevölkerung, Parteien und Beamten:innen zur offenen Problematikisierung tabuisierter Themen – etwa die des kollektiven Kaufs von Wahlstimmen über Dorfchefs;
- » Legislativtheater mit Behördenvertreter:innen und Bevölkerung zur Erarbeitung von Gesetzesinitiativen gegen strukturelle Konfliktursachen;
- » Kooperation überlasteter Justiz und bürgerlicher Friedenskomitees in der Anerkennung außergerichtlicher Streitschlichtung

Wo Demokratieförderung von oben auf Grenzen stößt, kann sie auch von unten wachsen. Denn Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind zu wichtig, um sie nur staatlichen Akteuren zu überlassen.



Hans Jörg Friedrich

Der Autor ist Berater für den Zivilen Friedensdienst beim Weltfriedensdienst e.V.

- 1 UN Secretary General (2023): Progress towards the Sustainable Development Goals: towards a rescue plan for people and planet, S. 23.
- 2 United Nations (2023): The Sustainable Development Goals Report Special Edition, S. 45.
- 3 Martens et al (2023): Halbzeitbilanz der Agenda 2030, S. 174.
- 4 Civicus: Monitor. Tracking Civic Space.
- 5 Siehe beispielsweise: Auswärtiges Amt (2021): Umsetzung der Leitlinien der Bundesregierung: Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern.
- 6 Siehe z.B. Stichwortsuche nach „Polizei“ auf www.giz.de



Christine Roy/Unsplash

Globale Solidarität Neu aufstellen

Die Verwirklichung der Agenda 2030 krankt auch an den fehlenden Mitteln zur Umsetzung

Wer diese Rundbrief-Sonderausgabe bis hier hin aufmerksam gelesen hat, kommt unweigerlich zu dem Schluss: Es sieht nicht gut aus. Die Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) bis 2030 wird immer unwahrscheinlicher. Das liegt – nicht nur, aber eben auch – an den nur zögerlich und unter Vorbehalt bereitgestellten Mitteln zu ihrer Umsetzung. Dass es dabei nicht nur um Geld, bspw. in Form von Mitteln der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) geht, macht die Sache nicht besser. Im Gegenteil.

Noch bevor die Agenda 2030 mit ihren Zielen für nachhaltige Entwicklung im September 2015 verabschiedet wurde, hatten die Regierungen im Juli desselben Jahres mit der sog. Aktionsagenda von Addis Abeba gemeinsame Ideen dazu verabschiedet, wie die nötigen Mittel zu ihrer Verwirklichung aussehen könnten. Dabei konnten sie auf den Ergebnissen der Diskussionen innerhalb des Financing for Development-Prozesses aufbauen, der diese Fragen seit Anfang der 2000-er Jahre bearbeitet. Dass das eine grundsätzlich richtige Entscheidung war, zeigt sich zur Halbzeit der Agenda-Umsetzung mehr als deutlich.

Finanzierungslücken allerorten

Wie groß die Finanzierungslücke zur Verwirklichung der SDGs tatsächlich ist, ist eine mühsame

Rechenaufgabe. Die große thematische Breite der Agenda 2030 führt hier zu enormen Summen. Die Weltbank beziffert die nötigen Ausgaben allein in Entwicklungsländern auf ca. 2,4 Billionen US-Dollar, und das „nur“ zur Reaktion auf Klimawandel, Pandemie und Konflikte bis 2030. Eine Expert:innengruppe der G20 rechnet mit zusätzlichen Investitionsbedarfen von 3 Billionen in diesem Zeitraum. Bei der 27. Vertragsstaatenkonferenz zur Klimarahmenkonvention wurden Summen zwischen 4 und 6 Billionen Dollar pro Jahr an nötigen Investitionen in erneuerbare Energien genannt, um Treibhausgasneutralität bis 2050 möglich zu machen.¹

Gleichzeitig ist die Wahrscheinlichkeit, diese Summen in Form von Haushaltsmitteln tatsächlich mobilisieren zu können, nicht gerade hoch. Das liegt u.a. daran, dass gerade die reichen

Länder des Globalen Nordens – teils durch selbst gesetzte Beschränkungen wie Schuldenbremsen blockiert, teils durch tatsächliche Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit – nicht willens oder in der Lage sind, ihren globalen Verpflichtungen nachzukommen. Das spiegelt sich auch im aktuell im Bundestag verhandelten Haushaltsgesetz für 2024. Laut Regierungsentwurf sollen bspw. die Mittel im Einzelplan 23, dem Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, aus dem neben der Entwicklungszusammenarbeit auch internationale Klimaprogramme finanziert werden, ca. 5 Prozent niedriger liegen als noch im laufenden Jahr. Problematisch ist das unter anderem deshalb, weil mit den knappen Mitteln immer neue Aufgaben, zuletzt bspw. der Krieg in der Ukraine, bewältigt werden müssen. Das gilt auch international: Zwar haben die ODA-Zahlungen 2022 mit 204 Milliarden US-Dollar (was einem Anteil von 0,36 % der Bruttonationaleinkommen (BNE) der OECD-Mitglieder entspricht) einen nominellen Höchststand erreicht. Das erklärt sich allerdings primär aus angerechneten Kosten für Flüchtlinge.

Ein weiterer Faktor, der die Finanzbedarfe nach oben treibt, sind sich zuspitzende Schuldenstände in immer mehr Ländern des Globalen Südens. Die Crisis Response Group der UN etwa rechnet vor, dass sich die öffentlichen Schulden weltweit seit dem Jahr 2000 verfünffacht haben, von 17 auf 92 Billionen US-Dollar. Mehr als 50 Länder sind so hoch verschuldet, dass sie mehr als 10 % ihrer jährlichen Staatseinnahmen nur für Zinsausgaben aufwenden. Die Ausgaben für Zinszahlungen sind im Globalen Süden in den letzten Jahren schneller gewachsen als die Ausgaben für Bildung oder Gesundheit.²

Kurz- und langfristige Lösungsansätze

Die Dramatik dieser Situation hat gerade im Jahr 2023 eine Reihe von Lösungsvorschlägen provoziert. António Guterres bspw. schlägt einen „SDG-Stimulus“ in Höhe von 500 Milliarden US-Dollar jährlich vor. Die Mittel, die primär über zinsgünstige Kredite von Entwicklungsbanken bereitgestellt werden sollen, sollen es Ländern ermöglichen, in wichtige und SDG-relevante Bereiche zu investieren. Tatsächlich wurden bspw. bei der Jahrestagung von Internationalem Währungsfonds und Weltbank in Marrakesch im Oktober 2023 Schritte in diese Richtung unternommen. Der Weltbank wird die Mobilisierung zusätzlicher Mittel ermöglicht, bspw. soll ihr Eigenkapital auch jenseits formeller Kapitalerhöhungen durch sog. hybrides Kapital aufgestockt werden.³ Die Bundesrepublik wird voraussichtlich zu einer ersten Geberin solchen Kapitals. Allerdings stehen damit nicht unbedingt mehr Mittel für die ursprüngliche Kernaufgabe der Bank – die Armutsbekämpfung – bereit. Denn zugleich wurde das Mandat der Institution erweitert. Sie soll nun nicht mehr „nur“ wirtschaftliche und soziale Entwicklung ermöglichen, sondern auch zum Schutz sog. globaler

öffentlicher Güter (Klima, Biodiversität etc.) beitragen. Dass die Entwicklungsbank damit nicht mehr ausschließlich die Länder des Globalen Südens unterstützt, sondern auch die selbstverursachten Probleme des Globalen Nordens mit beheben soll, wird durchaus kontrovers diskutiert.⁴

Ein anderer Vorschlag, über den Expert:innen momentan debattieren, wäre die Nutzung von Währungsinstrumenten, allen voran die Sonderziehungsrechte des IWF. Diese „Währung“, die die IWF-Mitglieder in praktisch unbegrenzter Höhe schöpfen können, könnte bspw. zur Absicherung von Entwicklungsbankkrediten herangezogen werden. Leider tritt die Bundesregierung – bzw. genauer gesagt die Bundesbank, die über die deutschen Sonderziehungsrechte wacht – hier eher auf die Bremse.⁵

Positiv zu vermerken ist insgesamt, dass sich die Debatte über Reformen der internationalen Finanzarchitektur gerade in diesem Jahr beschleunigt hat. So hat der UN-Generalsekretär im Rahmen der Vorbereitungen für den „Summit of the Future“, der im September 2024 in New York stattfinden wird, eine ganze Reihe von teilweise sehr weitreichenden Vorschlägen gemacht.⁶ Dabei geht es neben einer institutionellen Reform der internationalen Finanzinstitutionen – allen voran IWF und Weltbank – um eine stärkere internationale Zusammenarbeit in Sachen Steuern sowie schnellere und umfassendere Ansätze zur Behebung der Schuldenkrise. Diese Themen werden, neben den oben genannten Ansätzen, auch auf der Agenda der 4. Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung stehen, die voraussichtlich im Jahr 2025 in Spanien tagen wird und ein Nachfolgeabkommen für die Aktionsagenda von Addis Abeba hervorbringen soll.



Wolfgang Obenland

Der Autor leitet im Forum Umwelt & Entwicklung gemeinsam mit Nelly Grotefendt den Arbeitsbereich „Marktmacht und Finanzen“.

- 1 Z.n. Development Committee (2023): Ending Poverty on a Livable Planet: Report to Governors on World Bank Evolution. Washington D.C., S.3.
- 2 UN Global Crisis Response Group (2023): A World of Debt. New York/Genf.
- 3 „Hybrides Kapital“ sind zins- und tilgungsfreie Kredite an die Bank, die aber wie Eigenkapital behandelt werden können (bspw. von Kreditrating-Agenturen) und damit die Fähigkeit zur Kapitalacquire an den Finanzmärkten erhöhen.
- 4 Vgl. Eurodad (2023): Eine historische Chance verpasst.
- 5 Kröss, Verena (2023): IWF-Sonderziehungsrechte und ihre Weiterleitung – Eine kritische Bestandaufnahme. Berlin: WEED.
- 6 United Nations (2023): Our Common Agenda- Policy Brief 6. Reforms to the International Financial Architecture.



HAT DIE GLOBALE NACHHALTIGKEITSAGENDA NOCH EINE CHANCE?

Zivilgesellschaft weltweit bringt ihre Forderungen ein

Die UN-Führung versprach sich vom SDG-Gipfel neue Beschlüsse und (Selbst-)Verpflichtungen zur Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs). Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Statt Beschlüssen gab es viele Bekräftigungen und Bekenntnisse zu den SDGs – durchgesetzt gegen Widerstände aus verschiedenen Richtungen. Der Gipfel hat außerdem gezeigt: Wie schon bei den BRICS- und G20-Gipfeln in den Wochen zuvor, der Globale Süden ist nicht länger bereit, seine Interessen nur am Rande zu diskutieren. Obwohl die Zugänge für Zivilgesellschaft beim Gipfel sehr begrenzt waren, ist es gelungen, die Stimme der Zivilgesellschaft hörbar zu machen.



© Ingo Ritz

Optimistisch gesehen gibt der SDG-Gipfel die Richtung für die UN-Gipfel der kommenden Jahre vor: 2024 der Zukunftsgipfel, 2025 die vierte Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung und ebenfalls 2025 der Weltsozialgipfel bieten die Plattformen, die notwendigen Entscheidungen für strukturelle Änderungen zu treffen. Pessimistisch gesehen hat die UN nicht die Kraft auf die multiplen, sich überlappenden Krisen Antworten zu finden und die SDGs bleiben schöne Worte ohne Konsequenzen.

Umso wichtiger ist es daher, eine deutliche Stimme der Zivilgesellschaft zu haben. Da dafür innerhalb des UN-Gipfels kaum Platz war, fand parallel am 17. und 18.9. gegenüber des UN-Gebäudes die Global People's Assembly¹ statt. Organisiert wurde sie vom Global Call to Action Against Poverty (GCAP) zusammen mit 64 Ko-Organisatoren wie Amnesty, Greenpeace, Oxfam, Brot für die Welt, dem Global Policy Forum, der Heinrich-Böll-Stiftung Washington und der Rosa-Luxemburg-Stiftung New York. Zusätzlich gab es erstmals das sogenannte SDG Action Weekend mit dem Tag der Zivilgesellschaft am 16.9. innerhalb der UN.

Die Global People's Assembly war der Höhepunkt eines Bottom-up-Prozesses: In 40 Ländern weltweit haben sich im Vorfeld des Gipfels Repräsentant:innen marginalisierter Gruppen in

lokalen, nationalen und regionalen People's Assemblies getroffen, um die Umsetzung der SDGs zu analysieren und Forderungen an ihre Regierungen zu formulieren, um ihnen diese mit nach New York zu geben. Dieser Prozess war Teil der globalen Aktionswoche Act4SDGs.

Die Erklärung der Global People's Assembly² enthält vier zentrale Themen, die auf den Erklärungen der nationalen und regionalen Prozesse aufbauen:

1. Wirtschaftliche und finanzielle Gerechtigkeit
2. Klima- und Umweltgerechtigkeit
3. Soziale Gerechtigkeit und Geschlechtergleichheit
4. Zivilgesellschaft, Menschenrechte und UN.

Die Erklärung wurde in den offiziellen Gipfel eingebracht. Während der Global People's Assembly wurden die folgenden drei Punkte als zentral für die SDG-Umsetzung in den kommenden Jahren diskutiert:

Die SDG-Halbzeitbilanz ist verheerend

Die Berichte zur SDG-Halbzeit zeigen deutlich: Die SDGs werden nicht erreicht, wenn der Trend so weitergeht wie bisher. Die Abschlusserklärung des SDG-Gipfels erkennt die Probleme an, aber es gibt keinen Konsens über die Gründe für die schleppende Umsetzung. Ein wichtiger Faktor ist nach wie vor Corona. Die Erklärungen der natio-



nenalen People's Assemblies verdeutlichen, dass noch immer viele Menschen im Globalen Süden von den Auswirkungen der Pandemie betroffen sind. Gleichzeitig wird Corona auch als Ausrede benutzt: Denn bereits vor der Pandemie hat die Zahl der hungernden Menschen zugenommen. Und bereits bei der Verabschiedung der Agenda 2030 war klar, dass es für die SDGs keine gesicherte Finanzierung gibt.

Gegen die politische Erklärung des Gipfels gab es in den Wochen zuvor im Wesentlichen zwei Widerstände:

- » Die USA, das Vereinigte Königreich und einige andere reiche Länder (nicht aus der EU) stellten die Formulierungen zur Entwicklungsfinanzierung in Frage – insbesondere wollten sie keine Reformen der internationalen Finanzarchitektur.
- » Autoritäre Regierungen wie Russland, Eritrea und Nordkorea drohten, die Erklärung zu blockieren, solange darin keine Verurteilung von Sanktionen enthalten war.

Beide Einsprüche wurden mit großer Mehrheit abgelehnt und letztlich wurde die Abschlusserklärung ohne Gegenstimmen verabschiedet. Ob das ein Erfolg ist? Die Gipfel-Erklärung enthält viel positive Worte für die SDGs. Angesichts der weltpolitischen Lage war es gut, dass die große Mehrheit sich klar für die SDGs und das damit verbundene Entwicklungsmodell ausspricht. Die Erklärung enthält die klare Botschaft an den Westen, die Dominanz der Finanzarchitektur aufzugeben und an autoritäre Staaten, dass deren Alternative nicht gewollt wird. Andererseits ist

es frustrierend, immer wieder Wörter wie „bekräftigen“, „erneut verpflichten“, „versprechen“ zu lesen ohne konkrete Beschlüsse, wie das umgesetzt werden soll.

Die Schuldenkrise tötet die SDGs – mehr globale Gerechtigkeit nötig

Ein wichtiger Diskussionspunkt war die Reform der internationalen Finanzarchitektur. Die Schuldenkrise zeigt, dass das derzeitige System es nicht schafft, das Problem zu lösen. 54 Länder leiden unter zu hohen Schulden. Sie haben Probleme ihre Schulden zu bedienen, sie zahlen mehr für die Schuldentilgung und kürzen deshalb häufig soziale Leistungen einschließlich Gesundheit und Bildung – mit fatalen, oft tödlichen Folgen für die Menschen. Auch Anpassungen an den Klimawandel können nicht finanziert werden. Für eine Lösung bedarf es zum einen kurzfristiger Schuldenstreichungen und zum anderen eines internationalen Staateninsolvenzsystems, das ein faires und transparentes Verfahren ermöglicht. Nicht nur in der Verschuldungskrise braucht es mehr globale Gerechtigkeit. Auch Reformen der internationalen Finanzinstitutionen wie der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF), einschließlich deren Governance, sind notwendig. Ein zentral diskutiertes Thema war auch die Steuergerechtigkeit: Die Regierungen im Globalen Süden brauchen Gelder, um soziale Ausgaben und Klimaaktivitäten zu finanzieren. Derzeit bezahlen internationale Unternehmen und viele Reiche keine oder kaum Steuern in Ländern des Globalen Südens. So gehen diesen Ländern jährlich etwa 300 Mrd. \$ verloren. Der



© Ingo Ritz



Die politische Erklärung enthält die klare Botschaft an den Westen, die Dominanz der Finanzarchitektur aufzugeben und an autoritäre Staaten, dass deren Alternative nicht gewollt wird.

Club der reichen Länder, die OECD, hat seit 2015 erfolglos versucht, dieses Problem zu lösen. Stattdessen sollte mit einer Rahmenkonvention ein globaler Kontrollmechanismus unter dem Dach der UN geschaffen werden. Dazu läuft ein Prozess in der UN-Generalversammlung, angestoßen von der Gruppe der afrikanischen Staaten.

Es gibt bezahlbare Lösungen – wie soziale Sicherung für alle

Der Gipfel und die vorbereitenden Veranstaltungen wie die Global People's Assembly haben deutlich gemacht: Es gibt Lösungen. Und diese sind auch bezahlbar. Die Einführung sozialer Sicherungssysteme wäre ein wirksames Instrument um zugleich SDG 1, 2 und 10 zu erreichen – die Bekämpfung von Armut, Hunger und Ungleichheit. Für den Erfolg ist es wichtig ist, dass alle Menschen ein Recht auf soziale Grundsicherung bekommen. Die Einführung eines sozialen Sicherungssystems in den ärmsten Entwicklungsländern würde insgesamt 79 Mrd. \$ kosten. Das entspricht aber 15 % deren Bruttoinlandsproduktes. Das können die Länder zu Beginn nicht allein stemmen, aber im Lauf von 10 bis 15 Jahren wären sie in der Lage, die Finanzierung selbst zu tragen. Voraussetzung wäre, Pläne auf nationaler Ebene zu entwickeln, unter Einbeziehung von Gewerkschaften, Arbeitgebern und Zivilgesellschaft. Um diesen Prozess zu unterstützen und zu finanzieren, bedarf es des globalen Fonds zum Aufbau der sozialen Sicherung.

Welche Rolle kann Deutschland bei der Verwirklichung dieser Forderungen spielen?

Die deutsche Rolle ist gemischt: Einerseits engagiert sich Deutschland stark in den UN für Multilateralismus – sowohl politisch als auch finanziell. Das zeigte sich auch an der Teilnahme von Bundeskanzler Olaf Scholz am SDG-Gipfel – sowie der drei Ministerinnen Annalena Baerbock, Steffi Lemke und Svenja Schulze. Dies ist ein gutes Zeichen. Deutschland bzw. die deutsche UN-Botschafterin ist die Co-Fazilitatorin des Zukunftsgipfels 2024 – zusammen mit Namibia. Deutschland unterstützt UN-Prozesse

finanziell – von der Beteiligung der Zivilgesellschaft bis zu Initiativen für soziale Sicherung.

Andererseits gehörte Deutschland in den letzten Jahren zu den reichen Ländern, die die notwendigen strukturellen Veränderungen blockiert haben – etwa zur Lösung der Schuldenkrise, für mehr Steuererechtigkeit, den Gebrauch von Sonderziehungsrechten oder zur Freigabe von Patenten von Covid-Impfstoffen. Dieses Verhalten wird im Globalen Süden genau registriert. Auch die geplanten Kürzungen der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit ist ein Bruch internationaler Verpflichtungen.

Es bleibt zu hoffen, dass der SDG-Gipfel dazu beigetragen hat, dass die deutsche Politik diese Widersprüchlichkeit erkennt. Und dass die Bundesregierung sich auf den kommenden Gipfeln für strukturelle Änderungen einsetzt. Die Global People's Assembly machte es klar: Die SDGs können nur erreicht werden, wenn es mehr globale Gerechtigkeit gibt.



Ingo Ritz

Ingo Ritz ist Direktor des Global Call to Action Against Poverty (GCAP) – eines weltweiten Netzwerkes von zivilgesellschaftlichen Koalitionen in 66 Ländern.

1 GCAP (2023): People's Assembly.

2 GCAP (2023): Declaration of the Global People's Assembly.

GLOBAL SUSTAINABLE DEVELOPMENT REPORT 2023 Times of crisis, times of change: Science for accelerating transformations to sustainable development United Nations, New York (2023)



Transformationen sind möglich und unvermeidlich. Dieser Bericht ist eine Aufforderung zum Handeln und zieht Bilanz nach der ersten Hälfte der Agenda 2030. 15 unabhängige Wissenschaftler:innen untersuchten die positiven und negativen Entwicklungen der einzelnen Ziele und Indikatoren. So bietet der Bericht die Möglichkeit aus den Versäumnissen der Vergangenheit zu

lernen und mit den richtigen Maßnahmen die Erreichung der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) voranzutreiben. Dies ist dringend nötig, denn seit dem letzten Bericht im Jahr 2019 haben sich die Herausforderungen vervielfacht und verschärft.

Download unter:
<https://sdgs.un.org/gedr/gedr2023>

HALBZEITBILANZ DER AGENDA 2030

Die globalen Nachhaltigkeitsziele auf dem Prüfstand
Global Policy Forum Europe (08/2023)



Hat sich mit der Agenda 2030 der Stellenwert der Nachhaltigkeitspolitik und ihrer Institutionen in den Vereinten Nationen verändert? Wie spiegeln sich die Agenda 2030 und ihre Ziele in der Politik und dem Institutionengefüge auf Bundesebene wider? Welche Rolle spielen die SDGs unterhalb der nationalen Ebene für Bundesländer, Städte und Gemeinden? Und welche Trends

und politischen Prozesse zeichnen sich für die zweite Halbzeit ab? Dieser Bericht liefert einige Antworten und Hintergrundinformationen. Außerdem widmet er sich in 17 Themenkapiteln der Halbzzeitbilanz der einzelnen SDGs.

Download unter:
<https://www.globalpolicy.org/de/publication/halbzzeitbilanz-der-agenda-2030>

SDGS ON THE HOME STRETCH

Unleashing positive synergies and tackling negative spillovers
VENRO (08/2023)

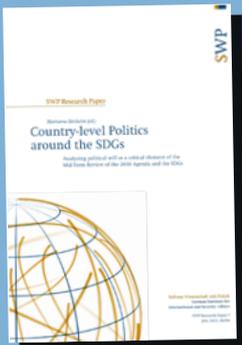


Das Diskussionspapier des Verbands Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe (VENRO), welches anlässlich der SDG-Halbzeit veröffentlicht wurde, bringt die Perspektiven verschiedener zivilgesellschaftlicher Akteure zusammen, um herauszuarbeiten, wie die Entwicklung der SDGs vorangeschritten ist. Dabei liegt ein besonderer Fokus auf der Energiepolitik, Sozialversi-

cherungssystemen und Entwicklungsfinanzierung. Der Bericht setzt damit einen starken Impuls für systemische Lösungen und kollektives Handeln in den verbleibenden sieben Jahren der Agenda 2030.

Download unter:
<https://venro.org/publikationen/detail/sdgs-on-the-home-stretch>

COUNTRY-LEVEL POLITICS AROUND THE SDGS Analysing political will as a critical element of the Mid-Term Review of the 2030 Agenda and the SDGs Stiftung Wissenschaft und Politik (07/2023)



Im Vorfeld des SDG-Gipfels gab es keinen Mangel an Berichten zum Fortschritt der SDGs. Viele Kommentare kritisierten den mangelnden politischen Willen zur Veränderung unserer Welt. Allerdings gibt es nur wenige Analysen dazu, welchen Einfluss die Prioritäten und politischen Interessen von Regierungen, lokalen Eliten und der Gesell-

schaft auf den Fortschritt der SDGs haben. Die Studie der SWP untersucht diese unterschiedlichen Faktoren und ihren Einfluss auf die SDGs in elf Ländern.

Download unter:
<https://www.swp-berlin.org/publikation/country-level-politics-around-the-sdgs>

WELTHUNGER-INDEX 2023

Jugend als treibende Kraft für nachhaltige Ernährungssysteme

Welthungerhilfe und Concern Worldwide (2023)

Der Welthunger-Index erfasst die Hungersituation auf globaler, regionaler und nationaler Ebene. Der diesjährige Bericht zeigt, dass die Fortschritte bei der Reduzierung des Hungers angesichts multipler Krisen seit 2015 weitestgehend stagnieren. Junge Menschen sind besonders betroffen – und sie erben die derzeitigen ungerechten und nicht nachhaltigen Ernährungssysteme.

Zwei junge Wissenschaftlerinnen aus Südafrika erläutern im Gastbeitrag, wie Ernährungssouveränität Jugendteilhabe fördert und warum letztere für nachhaltige Ernährungssysteme unerlässlich ist.

Download unter:
www.welthungerindex.de



DER SDG-GESETZE TRACKER

Welche Gesetze für Nachhaltigkeit setzt die Ampel-Koalition um?

Forum Umwelt und Entwicklung

Zu Beginn der 20. Legislaturperiode erarbeitete das Forum Umwelt und Entwicklung Gesetzesvorschläge, um die Umsetzung der SDGs voranzubringen. Der SDG-Gesetze-Tracker nimmt die Politik der Bundesregierung unter die Lupe und zeigt, welche dieser Gesetzesvorschläge in den Koalitionsvertrag aufgenommen wurden, und verfolgt den Fortschritt dieser Vorhaben. Auf der Webseite kann durch die einzelnen

SDGs geklickt werden, um mehr über die Umsetzung von Gesetzen für Nachhaltigkeit zu erfahren. Regelmäßige Updates gibt es auch im SDG-Newsletter, den man über die Webseite abonnieren kann und auf Instagram bei @2030watch.de.

Zugang unter:
<https://www.2030watch.de/sdg-gesetzetracker>



POLICY BRIEF Suffizienz-Politik in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie

Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) (09/2023)

Eine konsequente Nachhaltigkeitspolitik ist dringender denn je. Zentrale Ziele der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) sind nach wie vor weit von der Zielerreichung entfernt, so beispielsweise in den Themenfeldern Flächenverbrauch, Verkehr und biologische Vielfalt. Sie müssten zudem weitaus ambitionierter gefasst werden. In diesem Positionspapier fordert der BUND unter

anderem die Integration von Suffizienz-Politik, absoluten Ressourcengrenzen und verpflichtenden Zielen nach dem Beispiel des Klimaschutzgesetzes in die überarbeitete DNS.

Download unter:
www.bund.net/policy-brief-nachhaltigkeit-suffizienz



FORDERUNGSPAPIER ZUM SDG-SUMMIT

SDG-Umsetzung braucht endlich neuen Schub und Verbindlichkeit

Forum Umwelt und Entwicklung, Global Call to Action Against Poverty, Arbeitsgemeinschaft der Einwelt-Landesnetzwerke in Deutschland e.V. (08/2023)

Deutschland trägt Verantwortung dafür, auf internationaler Ebene gerechte Rahmenbedingungen zu schaffen und sich weltweit gegen Ungleichheiten und Armut einzusetzen. Gerade angesichts der weltweiten multiplen Krisen, darunter Kriege, steigende Armut und Ungleichheit, brauchen wir die SDGs für die gerechtere Welt, die uns Staaten mit der Verabschiedung der Agenda 2030

versprochen haben. Die Forderungen zum SDG-Summit sind auch nach dem Gipfel relevant für die Umsetzung der SDGs in und durch Deutschland.

Download unter:
<https://www.forumue.de/forderungspapier-zum-sdg-summit/>



TIERGERECHTE HÖFE FÖRDERN. WENIGER TIERE. KLIMA RETTEN.

FÜR HÖFE UND KLIMA



20.1. 2024 DEMO

12 UHR, WILLY-BRANDT-HAUS, BERLIN

Eine bäuerliche und ökologischerere
Landwirtschaft ist die richtige Antwort auf
Klimakrise, Artensterben und Hunger in der Welt
– nicht Gentechnik, Patente und Glyphosat!



RECHTE HETZE UND RASSISMUS HABEN
BEI UNS KEINEN PLATZ. WIR SCHÄTZEN
DIE WICHTIGE ARBEIT VON BÄUER*INNEN.

WWW.WIR-HABEN-ES-SATT.DE